

Unia

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.



work

Unia-Kongress: Die GL-Neukandidierenden im Portrait. Seiten 4–5

Corona-Pandemie

**Patente
kübeln!**



Die Frau mit dem Pieks

Sarah Brönnimann ist medizinische Praxisassistentin. Jetzt kann sie auch gegen Corona impfen. Seite 20

Luxus-Hotel, schäbige Löhne

Das Davoser WEF-Hotel Seehof baut um. Mit einer zweifelhaften Baufirma. Seite 3

Richtig grillieren

Holz, Kohle oder Gas? Fleisch oder Vegi? Wenn die Sonne kommt, kommt der Grill. Aber wie? work weiss Rat. Seiten 16–17

**Krebs-Professor
Franco Cavalli
im grossen
work-Interview.**
Seiten 10–11



DIE OPERATION POLLINATOR

Syngenta ist ein bisschen wie die Vogelwarte Sempach: kümmert sich um Vögel, Nistplätze, Bienen und Biodiversität. Und gibt uns jene natürlichen Lebensräume zurück, die wir zerstört haben. Hä? sagen Sie jetzt vielleicht, liebe Leserin, lieber Leser. Wie bitte? Ausgerechnet dieser Agrokonzern, der mit giftigen Pestiziden nur so um sich wirft. Ausgerechnet Syngenta – und ein Herz für Vögel und Bienen!

KLEE. Und doch ist es so. Ein Blick in das doppelseitige Inserat des Konzerns, das derzeit kursiert, genügt: Schauen Sie nur, wie schön der Klee da auf dem Foto blüht und wie zart die hellgelben Margeriten! Sehen Sie den himmelblauen Himmel über

Gesundheit kommt vor Profit. dem grasgrünen Gras? Und da hat's noch ein Gratis-Briefchen voller Wildblumensamen eingeklebt. Zum Selberaussäen: «Machen Sie mit bei der Operation Pollinator!» steht da drauf. Und weiter: «Wir bei Syngenta Group sind überzeugt: Wer die Welt nachhaltig ernähren will, muss bei unseren Böden beginnen.» Und weiter: «Wir verwandeln Brachland und erodierte Ackerränder in blühende Lebensräume für Bienen, Vögel und viele weitere Nützlinge, die alle zur Wiederherstellung des biologischen Gleichgewichts beitragen.»

PEPERONI. Was für ein Brain- und Greenwashing! Was für eine Dreistigkeit! Ausgerechnet jener Agrokonzern, der Leben monopolisiert und natürliche Ressourcen privatisiert. Der Saatgut patentiert, Tomaten, Broccoli und Peperoni, auch solche aus konventioneller Züchtung. Und damit den Zugang zum Basismaterial der Pflanzenzucht einschränkt. Der die Bäuerinnen und Bauern weltweit abhängig macht von seinem überteuerten Saatgut. Und wenn sie sich Patentverletzungen schuldig machen, werden sie strafrechtlich verfolgt. Ausgerechnet dieser Multi spielt sich jetzt als unser Retter auf!

MENSCHENRECHTE. «Patente kübeln!» Die Forderung, die sich aus der work-Titelgeschichte dieser Ausgabe ergibt, ist hart umstritten. Besonders die Schweizer Pharma weist sie rabiat zurück. Dabei führt uns gerade die Coronakrise dramatisch vor Augen, was es bedeutet, wenn wir alle abhängig sind von den Impfstofflieferungen von Pfizer & Co. Von ihrem Profithunger. Und von ihrem Machtgebaren. Der international renommierte Tessiner Onkologie-Professor Franco Cavalli sagt es im grossen work-Interview so: «Der Patentschutz auf Medikamenten schadet der Menschheit» (Seiten 10–11). Unsere Gesundheit sei «das höchste Gut überhaupt, ein Menschenrecht». Private hätten da nichts zu suchen. Cavalli: «Die Pharmaindustrie muss von der Allgemeinheit kontrolliert werden und soll dieser dienen. Gesundheit kommt vor Profit. Punkt.»

Genauso wenig haben die Patent-Haie der Agrarindustrie etwas zu suchen bei den Lebewesen und Pflanzen. Nicht beim Saatgut. Und auch nicht bei Tomaten, Broccoli und Peperoni. Denn Ernährungssicherheit kommt vor Profit. Punkt. Und Schluss.

Strike for Future: Auch die Gewerkschaften sind dabei
Klimawandel: Das neue Unia-Positionspapier

Pünktlich zum Aktionstag «Strike for Future» der Klimabewegung präsentiert work die wichtigsten Forderungen der Unia für einen ökologischen und sozialen Umbau.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Die Folgen der Klimaerhitzung sind real. Sichtbar nicht nur durch die Zunahme von Dürren und Überschwemmungen in fernen Ländern, sondern auch in der Schweiz: die Gletscher verschwinden, die Böden vertrocknen, und auf den Baustellen ächzen die Bauarbeiter. Deshalb brauchen wir eine nachhaltige Wirtschaft, die unsere Lebensgrundlagen nicht zerstört und gleichzeitig auch sozialer ist. Und das fordert die Unia in ihrem Positionspapier*, über das der Unia-Kongress entscheiden wird:

● **Erneuerbare Energien:** Bis 2030 soll die Energieversorgung in der Schweiz zu 100 Prozent aus erneuerbarer Energie bestehen. Realisiert werden soll das

Ein öffentliches Job-Programm für sinnvolle, ökologische und soziale Arbeitsplätze.

vor allem durch den Ausbau der Solar-energie, ergänzt durch Windenergie, Wasserenergie und Speichertechniken. Im Bereich Solarenergie können Tausende Arbeitsplätze geschaffen werden (siehe Text unten).

● **Investitionen:** Allein der Umbau des Energiesystems kostet gemäss Bundesamt für Energie 73 Milliarden Franken. Deshalb braucht es grosszügige und mutige öffentliche Investitionen. Weil Grosskonzerne, Reiche und Superreiche die Umwelt weit mehr belasten als Menschen mit tieferen Einkommen, müssen sie auch vermehrt zur Kasse gebeten werden, zum Beispiel mit Reichtumssteuern: Die Schweiz hat in den letzten Jahrzehnten die Unternehmenssteuern gesenkt, die Erbschaftssteuern weitgehend abgeschafft, und eine Kapitalgewinnsteuer für natürliche Personen kennt sie nicht. Es wäre also nicht mehr als gerecht, da wieder mehr Ausgleich zu schaffen.

● **Finanzplatz:** Der Finanzplatz Schweiz muss aus allen fossilen Wirtschaftsbereichen aussteigen.

● **Recht auf Arbeit:** Ein öffentliches Job-Programm soll sinnvolle, ökologische und sozial nachhaltige Arbeitsplätze

* Vom Zentralvorstand zuhänden des Kongresses zusammen mit verschiedenen Änderungsanträgen am 10. 2. 2021 verabschiedet.



GLETSCHER, ADE! Seit 30 Jahren schmilzt das Gletschereis rasant; in den letzten 10 bis 15 Jahren hat sich der Prozess nochmals beschleunigt. Im Bild der Rhonegletscher – oder was davon noch übrigbleibt. FOTO: KEYSTONE

rantieren. Schon jetzt braucht es für die Mitarbeitenden gewisser klimabelastender Branchen (Luftfahrt, Auto-Zulieferer oder emissionsintensive Industrien wie etwa die Zementindustrie) Alternativen und Perspektiven. Sowie gute und bezahlbare Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

● **Reduktion der Normalarbeitsstunden:** Die wöchentlichen Arbeitsstunden sollen massiv gesenkt werden, und zwar bei einem vollem Lohnausgleich für die unteren und mittleren Einkommen. Der Vorteil fürs Klima: weniger Pendlerverkehr. Die Reduktion der Arbeitsstunden trägt zudem zur Lösung anderer gesellschaftlicher Probleme bei: zu einer gerechteren Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern, zu weniger gesundheitsschädigendem Stress sowie weniger Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit.

● **Verankerung des ökosozialen Umbaus in Arbeitsrecht und GAV:** Für die Arbeitnehmenden braucht es einen ausgebauten Gesundheitsschutz, ein Recht auf Weiterbildung und mehr Mitspracherechte sowie ein Recht auf Verweigerung von Arbeiten, die den Menschen oder der Umwelt schaden.

den trägt zudem zur Lösung anderer gesellschaftlicher Probleme bei: zu einer gerechteren Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern, zu weniger gesundheitsschädigendem Stress sowie weniger Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit.

● **Verankerung des ökosozialen Umbaus in Arbeitsrecht und GAV:** Für die Arbeitnehmenden braucht es einen ausgebauten Gesundheitsschutz, ein Recht auf Weiterbildung und mehr Mitspracherechte sowie ein Recht auf Verweigerung von Arbeiten, die den Menschen oder der Umwelt schaden.



STRIKE FOR FUTURE

MIT LÄRM AUF DIE STRASSE!

In der ganzen Schweiz sind am 21. Mai, dem «Strike for Future», Aktionen für einen wirksamen Klimaschutz geplant. Um 11.59 Uhr soll ein lärmiger Klimaalarm erschallen. Zudem gibt's Theater, Konzerte, Kreideaktionen oder Repair Cafés.

DEMOS. In verschiedenen Städten (Basel, Zürich, Lausanne, Genf usw.) sind Kundgebungen und Velodemos geplant. Auch Sitzstreiks, Workshops oder Infostände stehen auf dem Programm.

Infos unter: unia.ch/klimastreik oder strikeforfuture.ch

Konjunkturprogramm: So kann die Schweiz Tausende Arbeitsplätze schaffen

Der Weg aus der coronabedingten Wirtschaftskrise führt auch über den ökologischen Umbau. So sagte US-Präsident Joe Biden: «Wenn ich an den Klimawandel denke, denke ich an Arbeitsplätze.» Er hat deshalb ein milliardenschweres Konjunkturpro-

Der Ausbau des Solarstroms könnte bis zu 16 000 Jobs schaffen.

gramm lanciert. In der Schweiz sind (noch) keine solchen Aufbruchstöne zu hören. Dabei wäre das Potential auch hierzulande gross, durch den Ausstieg aus der fossilen Energie Arbeitsplätze zu schaffen. Das zeigt die neue Studie der Volkswirtschaftlichen Beratung AG in Basel (BSS), wel-

che die Unia in Auftrag gegeben hat. Die wichtigsten Resultate:

Gebäudesanierungen: Das bestehende Gebäudeprogramm vom Bund könnte um 250 Millionen aufgestockt werden – zunächst für 5 Jahre. Damit würden 12 500 Vollzeit-Arbeitsjahre geschaffen (ein Arbeitsjahr entspricht einer Vollzeitstelle für ein Jahr), direkt im Baugewerbe, indirekt bei Schweizer Zulieferfirmen. Mit zusätzlichen 50 Millionen für die vorgezogene Sanierung von öffentlichen Gebäuden entstünden weitere 400 Arbeitsjahre.

Ausstieg aus der fossilen Energie: Mit dem Ausbau des Solarstroms könn-



KÜHLE OASE: Bäume sind gut fürs (Stadt-)Klima und schaffen Arbeitsplätze. FOTO: ISTOCK

ten insgesamt zwischen 14 000 und 16 000 neue Jobs geschaffen werden. Das Hauptproblem sei jedoch, dass etwa die Hälfte der Anlagen unter den aktuellen Bedingungen unrentabel seien. Da brauche es bessere Voraussetzungen. Mit dem Einsatz von 235 Millionen Franken Fördergeldern jährlich für den Bau grosser Anlagen könnten 3000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Bäume pflanzen: 100 000 Bäume sollen in Städten und Gemeinden gepflanzt werden. Dabei soll der Bund die Kosten von bis 5000 Franken pro Baum übernehmen. Bäume kühlen und binden CO₂. Das Projekt würde ein Jahr dauern und für diese Zeit 4500 Arbeitsplätze schaffen. (asz)



ILLU: NINOTCHKA.CH

Polizei meldet Baudelikte in Davoser WEF-Tempel Luxushotel baut zum Dumpingtarif

Der «Seehof» in Davos GR ist die WEF-Residenz der Reichen und Mächtigen. Stammgast Bill Gates hat darin seine persönliche Suite. Jetzt wird das Fünf-Sterne-Haus billig renoviert – von einer zweifelhaften Baufirma aus Rumänien.

JONAS KOMPOSCH

Regen, Wind und Temperaturen im einstelligen Bereich. So garstig beginnt dieser Maimorgen in Davos. Hier, auf 1506 Metern über Meer, liegt stellenweise noch schmutziger Altschnee – definitiv kein Ambiente für Touristenmassen, wie sie im Winter die Alpenstadt fluten. Die Zwischensaison hat aber auch praktische Seiten. Viele Betriebe nutzen die Ruhe für Renovationsarbeiten. So auch das Hotel Seehof, das traditionsreiche Fünf-Sterne-Haus an bester Lage zwischen Bahnhof und Parsennbahn. Immer am WEF geht hier exklusiv die globale Polit- und Wirtschaftselite ein und aus. Darunter Könige wie Abdullah II. von Jordanien, Staatspräsidenten wie Jair Bolsonaro aus Brasilien und milliarden schwere Unternehmer wie Bill Gates. Weil dieser seit über zwanzig Jahren Stammgast ist, gibt's im «Seehof» sogar eine «Gates-Suite». An diesem Morgen aber ist von Glanz und Gloria nichts zu spüren. Im Gegenteil.

INGEFLOGEN AUS BUKAREST

Mulden voller Bauschutt stehen vor dem Luxusresort. Und aus dem Innern dröhnt ohrenbetäubender Lärm von Spitzhämmern. Dann kommt ein Arbeiter heraus, entleert eine Garetten-

ladung Betonbrocken und zündet sich eine Zigarette an. work raucht mit. Und erfährt: Auf der «Seehof»-Baustelle werken 14 Baubüezer plus ein Chef. Sie alle arbeiten für die rumänische Baufirma Admi Bau Technik SRL und stammen aus der Region Bukarest. Dort hatten die meisten von ihnen ein Flugzeug nach Zürich bestiegen. Das war Anfang April. Per Minibus ging's weiter nach Davos, in eine Herberge, die für die nächsten drei Monate ihr neues Zuhause sein sollte.

KANTON ERMITTELT

Wie es ihm hier gefalle, will work vom rumänischen Baukollegen wissen. «Gut» sei die Unterkunft, ebenfalls «gut» die Arbeit auf der Hotelbaustelle, und sogar «sehr gut» gefielen ihm die Bündner Berge. Drei weitere Rumänen gesellen sich hinzu. Auch sie seien zufrieden, sagen sie. Und der Lohn? Wie gut ist der? Beklemmende Stille, prüfende Blicke, dann winkt der älteste der Runde ab und sagt:

Müssen rumänische Bauarbeiter die Fehler eines Milliardenkonzerns ausbaden?

«... der ist geheim.» Vielleicht sage der Chef mehr dazu. Der sei aber gerade an einer Sitzung und erst in einer Stunde wieder da. Zu finden ist der Chef aber auch nach zwei Stunden nicht. Und von den Arbeitern will keiner seine aktuelle Telefonnummer haben. Eine durchaus verständliche Zurückhaltung, denn Recherchen zeigen: work ist nicht die erste interessierte Besucherin.

Schon am 8. April gab es im «Seehof» eine Visite – und zwar von der Arbeitskontrollstelle Graubünden. Diese überprüfte, ob die rumänische Bau-

firma das Entsendegesetz über die minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen für in die Schweiz entsandte Arbeitnehmende befolge. Resultat: Fehlanzeige! Sämtliche der 15 Rumä-

2200 Euro Lohn? Das wäre ein sträflicher Fall von Lohndumping.

nen arbeiteten bereits, obwohl dies erst ab dem 12. April legal gewesen wäre. Und schon wenige Tage später landete auch die Kantonspolizei einen Treffer. Dies offenbar zufällig, denn Kapo-Sprecher Markus Walser will auf Anfrage bloss eine einfache Verkehrskontrolle bestätigen. work weiss aber, dass die Polizei zwei Rumänen ohne gültige Meldebestätigung registrierte. Der Fall liegt nun beim Bündner Arbeitsamt (Kiga), wie Marcel Gross, Abteilungsleiter Arbeitsbedingungen, bestätigt. Näher dazu äussern könne er sich aufgrund des laufenden Verfahrens nicht. Nur so viel: «Nach unserer Kenntnis unterliegen alle Tätigkeiten der Admi Bau im «Seehof» einem allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrag.» Das heisst: die paritätischen Berufskommissionen der Sozialpartner sind zuständig für Lohnkontrollen. Und solche scheinen dringend nötig, wie die sonderbaren Aussagen des «Generaladministrators» der Admi Bau zeigen.

2200 FRANKEN MONATSLOHN?

Am Telefon entschuldigt sich dieser für die begangenen «Fehler». Nun sei aber alles in Ordnung. Und überhaupt arbeite Admi Bau gut mit der lokalen Wirtschaft zusammen, beziehe zum Beispiel die Baumaterialien hauptsächlich aus der Schweiz. Just in dem Moment fährt vor dem «Seehof» ein LKW vor und entlädt

Sanitärmaterial – «aus Deutschland», wie der Chauffeur weiss. Auf die Frage, wie viel die rumänischen Bauleute verdienten, reagiert der Admi-Administrator ausweichend. Das habe er gerade nicht im Kopf – und sagt dann: «Alle haben einen Nettomonatslohn von mindestens 2200 Euro.» Trifft diese Angabe tatsächlich zu, handelt es sich um einen sträflichen Fall von Lohndumping. Warum aber engagiert ein Davoser Luxustempel eine Baubude aus Rumänien – und nicht eine lokale Firma?

IMMO-RIESE IM HINTERGRUND

«Früher wäre so was absolut undenkbar gewesen!» Das sagt Ernst Wyrsch, Präsident von Hotelleriesuisse Graubünden und bis 2019 Verwaltungsratspräsident des «Seehofs». Heute aber hat im «Seehof» die Berliner Luxuskette Precise Hotels GmbH das Sagen. Auf eine Anfrage reagiert Precise nicht. Fakt ist aber: Die Kette pachtet den «Seehof» von Arountown, einem deutschen, aber im Steuerparadies Luxemburg domizilierten Immobilienfonds. 25 Milliarden Euro schwer soll Arountown sein und damit der grösste Gewerbe-Immobilien-Konzern an der Frankfurter Börse.

In Davos allerdings hatte der Immo-Riese keine glückliche Hand. Kurz vor Ausbruch der Corona-Pandemie kaufte er den «Seehof» für 54 Millionen Franken. Ein guter Deal für den vormaligen Eigentümer Stefan Götz (87). Zur «Hotelrevue» sagte dieser kürzlich, dass er heute nicht einmal mehr die Hälfte des Preises erhalten würde. Müssen rumänische Bauarbeiter also die Fehlinvestition eines Milliardenkonzerns wettmachen? Auf Kosten ihrer rechtmässigen Ansprüche und des Schweizer Lohnniveaus? Es wird sich weisen. Die Unia hat sich des Falles bereits angenommen. work bleibt dran.

Rekord-Dumping kommt ans Licht

PRATELN BL. Nie in den vergangenen zwanzig Jahren hat Basel einen so massiven Fall von Lohndumping gesehen. Gegen 140 Bauleute aus Polen, Litauen und Lettland sollen bei Abbrucharbeiten auf dem ehemaligen Chemieareal der Pleitefirma Rohner ausgebeutet worden sein. Und zwar mit überlangen Arbeitstagen und illegalen Stundenlöhnen von 10 Franken. Das berichtete am 12. Mai die «Basler Zeitung». Aufgedeckt hatte den Rekordskandal die Arbeitsmarktkontrolle für das Baugewerbe (AMKB). Diese forderte die sofortige Schliessung der Baustelle. Doch das kantonale Arbeitsamt entschied anders. Denn die verantwortliche Firma, die Thurgauer Niederlassung der holländischen Gerritsen Group, habe fristgerecht «Informationen nachgereicht und volle Transparenz zugesichert».

Elevetino zahlt weiterhin 100 Prozent

ZÜRICH. Ein Gipfeli am Morgen oder ein Gezapftes am Abend. Beides gibt es bei Zugreisen noch immer nicht – coronabedingt. Etwas Gutes erhalten wenigstens



ZUG-BISTRO: Mitarbeitende sind seit Monaten in Kurzarbeit. FOTO: KEY

die Mitarbeitenden von Elevetino, dem Bahn-Gastrounternehmen der SBB: vollen Lohn trotz Kurzarbeit. Möglich gemacht haben das die Unia und die Verkehrsgewerkschaft SEV. Sie hatten eine entsprechende Regelung, die bis Mai gültig war, schon im letzten Jahr durchgesetzt. Nun gelang die Erneuerung. Bis November gibt es weiterhin 100 statt der gesetzlich vorgeschriebenen 80 Prozent Lohn. Dafür erklärten sich die Verbände damit einverstanden, die Einführung einer Wegzeiten-Gutschrift um 6 Monate zu verschieben.

Union-Busting bei Novartis in Indien

BASEL. Die indische Betriebsgewerkschaft Novartis Employees Union schlägt Alarm: Das lokale Management des Basler Pharmakonzerns gehe mit perfiden Methoden gegen gewerkschaftlich organisierte Mitarbeitende vor. Zum Beispiel werde das Mitarbeitenden-Bewertungssystem zur Bestrafung von Gewerkschaftsmitgliedern missbraucht. Auch antigewerkschaftliche Kündigungen hätten sich in den letzten Jahren gehäuft. Zudem habe Novartis wiederholt sozialpartnerschaftliche Vereinbarungen gebrochen. Und schon seit 2019 verweigere das Management Verhandlungen komplett. Deshalb intervenierte die Unia letzte Woche bei Novartis-CEO Vasant Narasimhan. Zusammen mit der internationalen Gewerkschaftsföderation Industrial und der Non-Profit-Organisation Multiwatch verlangte sie eine rasche Kursänderung.

5. Unia-Kongress: Digital & dezentral

Ein so richtiges «Kongress-feeling» wird am 4. und 5. Juni wohl nicht aufkommen. Denn der fünfte ordentliche Kongress der Unia muss wegen Corona online und dezentral durchgeführt werden. Die Delegierten versammeln sich in ihren Regionen und werden per Konferenzschaltung miteinander verbunden. Gäste sind diesmal ebenso wenig vorgesehen wie Gastreden – mit einer Ausnahme: SGB-Chef Pierre-Yves Maillard wird der grössten Schweizer Gewerkschaft seine Aufwartung machen. Statt wie üblich zweieinhalb wird der Kongress nur eineinhalb Tage dauern. Das bringt leider Einschränkungen bei der Redezeit und damit auch bei der Debattenkultur mit sich. Ein wichtiger Kongressteil muss sogar auf einen separaten Tag verschoben werden.* Er wird voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte stattfinden.

DIE WAHLEN

Dennoch ist für Spannung gesorgt, schliesslich stehen am Samstag (5. Juni) zentrale Wahlen in die Leitungsgremien der Unia an: in die Geschäftsleitung und in den Zentralvorstand. Besonders erstere könnte wegweisend werden. Wenn es der Kongress denn will, hätte die Unia danach nicht nur eine starke Frau als Präsidentin, sondern auch eine starke Frauenmehrheit in ihrem obersten Führungsgremium. Unia-Chefin Vania Alleva kandidiert erneut als Präsidentin. Für die übrigen sechs Geschäftsleitungspositionen stellen sich Martin Tanner und Véronique Polito (beide als Vize), Nico Lutz und Renate Schoch zur Wahl sowie neu Bruna Campanello und Yves Defferrard. work porträtiert die beiden «Neuen» auf dieser Doppelseite. Diese Frauenpower wäre sicher über die Unia hinaus ein starkes Zeichen dafür, dass die Gleichstellung definitiv in den traditionell von Männern dominierten Bastionen der Gewerkschaftsbewegung angekommen ist.

DIE THEMEN

Auch die wichtigsten Kongressthemen dürften für einige Aufregung sorgen, sind die Delegierten doch gebeten, zu folgenden brisanten politi-

Fortsetzung auf Seite 5

UNIA



VOM STROMER ZUM STREIK-PROFI: Wird Yves Defferrard in die Geschäftsleitung der Unia gewählt, wäre er schon bald der neue Chef des Industriesektors. FOTOS: UNIA/KEYSTONE



Yves Defferrard (55): Kandidat für die Unia-Geschäftsleitung

«Das Wichtigste ist schnell reagieren»

Yves Defferrard verrät das Geheimnis eines erfolgreichen Arbeitskampfes. Und warum die Credit Suisse daran schuld ist, dass er Gewerkschafter wurde.

CHRISTIAN EGG

45 Stellen streichen und nach China verlagern: das war der Plan des Industriekonzerns Bosch für seine Tochterfirma Sapal in Ecublens VD. Doch der Sapal-Arbeiter Mike Nista, Präsident der Personalkommission, greift zum Telefon. Und ruft Yves Defferrard an, damals Unia-Industriesekretär im Kanton Waadt. Zusammen mobilisieren die beiden die Mitarbeitenden im Betrieb und verhandeln mit den Bosch-Chefs. Am Schluss gehen 12 Stellen verloren. Statt 45.

IMMER UNTERWEGS

Das war 2010. Die Stellen seien bis heute geblieben, sagt Nista, der Anfang Mai in Pension ging. Während zweier Wochen sei Yves Defferrard jeden Tag bei der Sapal gewesen. Er habe «ein grosses Talent für Kommunikation und für Verhandlungen», sagt Nista. Manchmal hätten sie bis zwei Uhr morgens verhandelt. Der ehemalige Personalkommissionspräsident lacht: «Und die meisten Verhandlungserfolge hatten wir zwischen Mitternacht und zwei Uhr.»

«Typisch Defferrard!» sagt der oberste Gewerkschafter, Pierre-Yves Maillard. Vier Jahre war Maillard der Vorgesetzte von Defferrard. Bei der Waadtländer Sektion der Gewerkschaft Smuv, einer Vorgängerorganisation der Unia. Einzigartig an Defferrard sei gewesen, «dass er fast nie in seinem Büro war. Sondern immer unterwegs in den Betrieben.»

Das war auch nötig. In den 2000er Jahren gab es in der Industrie eine Welle von Massenentlassungen. Immer wieder schellte bei Industrie-

sekretär Defferrard das Telefon. Das Wichtigste sei dann, schnell zu reagieren, sagt er: «Wenn man drei Tage wartet, haben die Chefs schon gegen die Gewerkschaft Stimmung gemacht. Du musst sofort eine Personalversammlung einberufen und den Mitarbeitenden zeigen, dass es sich lohnt zu kämpfen.»

Lohnt es sich immer zu kämpfen? Absolut, sagt Defferrard. Niederlagen gebe es nämlich nur dann, wenn sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entschieden, nichts zu unternehmen. Defferrard: «Aber wenn sie bereit sind, sich zu wehren, das zeigen meine Erfahrungen, dann ist das Resultat immer besser, als wenn wir nichts gemacht hätten.»

Etwas bei Novartis. 2011 will der Pharmakonzern die Fabrik in Nyon schliessen und die 320 Stellen nach Deutschland auslagern. Doch die Be-

«Defferrards Erfahrung als Arbeiter wird ein grosses Plus sein.»

ALDO FERRARI,
UNIA-VIZEPRÄSIDENT

plätze. Gewerkschafter Defferrard freut's: «Von solchen Ergebnissen träumt man als Gewerkschafter!»

IM DEUTSCHKURS

Defferrard machte eine Lehre als Elektriker. Reiste danach monatelang mit dem Rucksack durch die Welt – Asien, USA, Indien, Afrika – und liess sich dann zum Informatiker weiterbilden. Fünf Jahre arbeitet er bei der Firma Cerberus, die Brandmelder installiert. Er ist dort in der Perso-

nalkommission und erlebt eine Restrukturierung nach der anderen: «Zuerst hat unser Patron den Betrieb an die Credit Suisse verkauft, die baute Stellen ab. Nur ein Jahr später verkaufte sie uns an die Elektrowatt.» Zusammen mit dem Smuv setzt sich Defferrard für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen ein. Doch nach dem vierten Personalabbau in fünf Jahren hat er die Nase voll und wechselt in die Gewerkschaft: «Eigentlich verdanke ich es der Credit Suisse, dass ich Gewerkschafter wurde.»

Das ist Defferrard jetzt seit über zwanzig Jahren. Zuletzt fünf Jahre als Leiter der Unia-Region Waadt. All seine Erfahrungen möchte er jetzt in die Unia-Geschäftsleitung einbringen. Dort würde er verantwortlich sein für den Industriesektor.

Der Vater von zwei erwachsenen Töchtern und ehemalige Schlagzeuger in einer Progressive-Rockband hat allerdings ein Handicap: «Ich habe seit der Schule kaum mehr Deutsch geredet.» Defferrard besucht jetzt einen Deutschkurs, und im Sommer geht er zwei Monate nach Deutschland. Er sagt: «Aber wenn du im Alter von 55 Jahren in einer Sprache wieder bei null anfängst, ist es schwierig.»

MAILLARDS WUNSCH

Unia-Vizepräsident Aldo Ferrari, auch er ein Weggefährte Defferrards, ist trotzdem überzeugt, dass er der Richtige ist für die Unia-Geschäftsleitung: «Kaum jemand weiss so gut wie er, wie man die Leute in einem Betrieb organisiert. Das und seine Erfahrung als Arbeiter wird ein grosses Plus sein für den Industriesektor der Unia.»

Ähnlich äussert sich auch SGB-Chef Maillard. Der hat aber noch einen Wunsch an die Adresse seines ehemaligen Mitarbeiters: «Dass er auch als Mitglied der Geschäftsleitung so wenig wie möglich im Büro ist. Sondern auf dem Terrain, bei den Teams der Gewerkschaft.»



IMMER IN BEWEGUNG: Wird Bruna Campanello in die Unia-Geschäftsleitung gewählt, wäre sie schon bald die neue Chefin des Sektors Ausbaugewerbe. FOTOS: NICOLAS ZONVI/UNIA

Bruna Campanello (45): Kandidatin für die Unia-Geschäftsleitung

«Wir dürfen nie aufgeben, nie!»

Helfen in El Salvador, Streiken in der Schweiz und Segeln auf dem Zürichsee: Wo Bruna Campanello ist, schlägt sie Wellen.

JOHANNES SUPE

«Es war Rambazamba. Und ich habe es geliebt.» Wenn Bruna Campanello über vergangene Aktionen spricht, kann man ihr die Begeisterung ansehen. Sie lehnt sich dann etwas nach vorn, spricht schneller, gestikuliert ausgreifender. Ihre Augen glänzen ein wenig. Und was sie für Geschichten zu erzählen hat!

Etwa über die Auseinandersetzungen im Schreinergewerbe. Anfang der 2000er Jahre war das: zwischen den Meistern und der Gewerkschaft ging es keinen Schritt vorwärts in den Verhandlungen. Warum also nicht die trägen Gespräche aufrütteln? Kurzerhand stürmen ein Dutzend aufgebracht Bützer in die Verhandlung. Und, na klar, Bruna Campanello hatte diesen Streik mitorganisiert. Damals, vor fast 20 Jahren, war sie noch einfache Assistentin der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI), einer Vorgängergewerkschaft der Unia.

SIZILIANISCHE WURZELN

Ein Zufall trieb Campanello im Januar 2001 zur GBI. Gerade hatte sie ihre kaufmännische Lehre abgeschlossen und ihre Matura nachgeholt. Da wies ihr Bruder, der selbst für die Arbeitslosenkasse der Gewerkschaft arbeitete, sie auf eine offene Stelle hin. Damals war sie 21. Und sich noch nicht ganz sicher, wie sie zur Gewerkschaft stehe. Campanello erinnert sich: «Ich war schon links. Aber wirklich politisiert wurde ich durch die Gewerkschaft.» Schon als Kind erfuhr Campanello, die schweizerisch-italieni-

sche Doppelbürgerin ist, wie sehr schlechte Arbeitsbedingungen Menschen zusetzen können. Ihr Vater kam 1958 als sizilianischer Schuhmacher in die Schweiz – um seiner Familie ein besseres Leben bieten zu können. Der Preis dafür: Arbeitstage von morgens um 6 bis abends um 7. Campanellos Mutter kümmerte sich neben der Erwerbsarbeit noch um den Haushalt und die drei Kinder.

EINE KLEINE SENSATION

Bei der GBI fällt Campanello von Anfang an auf. Einer, der ihr Potential gleich bemerkt, ist Franz Cahannes, damaliger Vizepräsident der GBI. Er erzählt: «Bruna arbeitete im 4. Stock unserer Zentrale in Zürich. Und dieser 4. Stock wurde zum Anlaufpunkt für Kaffeepausen und Gespräche. Und ich habe gleich bemerkt, wie interessiert sie war.» Cahannes begann, sie für die Arbeit im Ausbaugewerbe (Schreiner, Gipser, Malerinnen usw.) einzusetzen. Ein Schritt, über den er bis heute froh ist: «Bruna ist eine Kämpferin, keine Bürokratin.»

FRANZ CAHANNES,
EX-VIZECHEF GBI

Wird Campanello gewählt, wäre sie schon bald die oberste Vertreterin des Ausbaugewerbes, die erste Frau auf dieser Position. Also eine kleine Sensation. Doch Campanello winkt ab, für sie sei das nie ein Thema gewesen, einzige Frau in der männerdominierten Sektorleitung Gewerbe zu sein. Rita Schiavi, früheres GL-Mitglied der GBI wie auch der Unia, sagt, Campanello sei die Richtige für den Job: «Sie ist eine seriöse Arbeiterin und absolut dossierfest.»

Campanello ist es ein zentrales Anliegen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Auch auf dem Bau. Ein Modellprojekt dafür hat sie im Bereich der Malerinnen und Gipser vorangetrieben: Endlich soll Teilzeitarbeit möglich sein. Campanello: «In den Köpfen vieler Arbeitgeber ist noch

immer das Bild des Mannes verankert, der 100 Prozent arbeitet. Das ist einfach nicht mehr modern.»

STERN ÜBER EL SALVADOR

2007 geht Campanello erst mal für einige Monate fort. Nach El Salvador. Dort unterstützt sie die linke und antikolonialistische Partei FMLN und die örtlichen Gewerkschaften. Für Campanello ein entscheidendes Erlebnis: «Die Rechten waren an der Macht, und Gewerkschafter wurden regelrecht verfolgt. Wer sich organisierte, kam unter Druck, wurde entlassen und sogar auf schwarze Listen gesetzt.» Eine Erinnerung an die Zeit in El Salvador bleibt ihr: der fünfzackige Stern, Parteizeichen der FMLN, den sich Campanello auf den linken Oberarm tätowieren liess.

Wieder in der Schweiz, holt sie «Ziehvater» Cahannes zurück in die Gewerkschaft. Die Arbeit dort gefällt ihr, gerade der Kontakt mit den Vertrauensleuten. Giuseppe Reo, der Campanello seit 20 Jahren kennt, sagt: «So ist Bruna einfach: Ihr sind die Mitglieder wirklich wichtig.» Der Leiter der Regionen Zentralschweiz und Berner Oberland weiss: «Bruna pflegt auch die Kontakte in die Regionen, kommt an Versammlungen. Das schätzen die Leute.»

Doch Campanello muss auch Rückschläge verkraften. So etwa 2004: «Wir versuchten, per Streik eine frühere Pensionierung der Maler und Gipser zu erreichen.» Doch das klappte nicht auf Anhieb. Umso wichtiger sei es, Themen hartnäckig weiterzuarbeiten. Campanello: «Als Gewerkschafter dürfen wir nicht aufgeben, nie!» Der Durchbruch bei der Frühpensionierung der Malerinnen und Gipser kam dann 13 Jahre später, 2017. In Verhandlungen. Und gab ihrem Credo recht.

Und was macht die Frau in der Freizeit? Draussen sein. Am See. Oder auf dem See! Zusammen mit ihrer Familie legt Campanello gerne Hand an ihr altes Segelschiff an. Sobald das Boot auf Vorderfrau gebracht ist, wird sie lossegeln.

UNIA

Fortsetzung von Seite 4

schen Schlüsselthemen Stellung zu nehmen: soziales Europa & Rahmenabkommen, AHV-Revision & Zukunft der Altersvorsorge, Situation der Migrantinnen und Migranten in der Schweiz sowie die Bewältigung der Coronakrise. Zu all diesen Themen gibt es eine Resolution. Besonders die Coronakrise und ihre Folgen werden bestimmt zu reden geben: Die steigende Arbeitslosigkeit, immer prekärere Arbeitsbedingungen, aber auch die Gesundheitskrise stellen uns vor grosse Herausforderungen. Die Covid-Pandemie hat die soziale Ungleichheit und Unsicherheit zusätzlich verschärft. Und sie hat mit brutaler Wucht deutlich gemacht, wie verletzlich – aber auch wie wichtig und unersetzlich – Organisationen der Solidarität sind. Zum Beispiel Gewerkschaften. Im Coronaschock konnte die Unia ihren Mitgliedern – und unzähligen weiteren Arbeitnehmenden – sofort mit konkretem Rat zur Seite stehen. Und auch auf politischer Ebene trug sie entscheidend dazu bei, dass der Bund die coronageschüttelten Arbeitnehmenden und KMU konkret unterstützte: mit Kurzarbeit, Härtefallentschädigungen usw.

STRATEGIE UND REFORM

Neben den politischen Diskussionen stehen am Kongress auch organisationspolitische Vorlagen zur Abstimmung: Am Freitag (4. Juni) folgen, nach einer Bilanz der vergangenen vier Jahre, die Anträge zur Organisationsstrategie. Diese ist in die Kapitel Mitgliederentwicklung, aktive Mitglieder, Mitgliederbetreuung, Mobilisierungsfähigkeit, kollektive Arbeitsbeziehungen, politischer Einfluss, Arbeitslosenkasse und professionelle Organisation gegliedert. Und legt die wesentlichen Ziele und Leitplanken für den Ressourceneinsatz der Unia in den kommenden vier Jahren fest.

Last, but not least wird der Kongress auch über den Start eines Reformprozesses «Unia 2.0» befinden. Dieser wird nötig, weil die Aufgaben und Herausforderungen der Unia künftig sicher noch anspruchsvoller werden. Ein entsprechender Leitantrag sieht dann einen ausserordentlichen Statutenkongress Anfang 2023 vor. Hoffentlich wird dieser wieder live!

HANS HARTMANN

* Verschieden werden die über 60 Anträge, die zu den vier Positionspapieren «Starke Arbeitnehmerrechte – für alle gleich!», «Respekt, mehr Lohn, mehr Zeit!», «Ökosozialer Umbau!» und «Solidarisch aus der Krise» eingegangen sind.



Das Leben ist schön, solange nichts passiert.

suva.ch/regeln

Deshalb gibt's die lebenswichtigen Regeln.

Halte dich an deine lebenswichtigen Regeln
und sag bei Gefahr «Stopp»!



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Finanziert durch die EKAS
www.ekas.ch

suva

Vor 200 Jahren starb auf der Insel Sankt Helena jener gewalttätige Kriegstreiber, der die Eidgenossen Mores lehrte

Ohne Napoleon keine moderne Schweiz

Er brachte uns politische Zivilisation und den Föderalismus: der französische Kaiser Napoleon I. Doch daran erinnert sich die Schweiz nur ungern. Historiker Hans Ulrich Jost verrät, warum.



HANS ULRICH JOST*

Das Schicksal der Schweiz liegt ganz in den Händen eines Mannes: Napoleon Bonaparte. Der kleine General aus Korsika hat mit einem Staatsstreich im revolutionären Frankreich soeben die Macht erobert. Sein Ziel: die Herrschaft über Europa.

EIDGENOSSEN IM CHAOS

1798 ist die Schweiz von französischen Truppen besetzt. Es herrscht Chaos: Die einheimischen Politiker sind unfähig, einen neuen Staat zu schaffen. Die Kantone sind untereinander zerstritten. Und die ehemaligen Untertanengebiete, etwa der Aargau und die Waadt, fordern die Unabhängigkeit. Es kommt zu bewaffneten Aufständen. Zu antisemitischen Übergriffen gegen Jüdinnen und Juden, die im aargauischen Endingen und in Lengnau wohnen.

Angesichts dieser Zustände kommt in diplomatischen Kreisen Europas die Idee auf, die Schweiz aufzulösen und die einzelnen Teile unter den Nachbarn zu verteilen. In Paris diskutiert man jedoch eine andere Lösung: Die Schweiz soll Frankreich als Puffer gegen die Habsburgermonarchie in Österreich dienen und saniert werden. Gleichzeitig soll sie den französischen Armeen Söldner liefern. Man sucht in Paris nach einer passenden Staatsform, die die Schweiz retten könnte. 1802 schreibt Napoleon an Minister Charles-Maurice de Talleyrand: «Ich brauche eine gesicherte Grenze und eine an Frankreich gebundene helvetische Regierung.»

Eine vierköpfige Kommission von prominenten Staatsrechtlern macht sich in Paris an die Ausarbeitung einer helvetischen Staatsordnung. Am 24. Januar 1803 liegt diese vor und wird Mediationsakte getauft. Eine Delegation von Schweizern verfolgt in Paris die Redaktion der neuen Verfassung. Mitspracherecht haben die Eidgenossen keines. Von Napoleon kommandiert, unterzeichnen sie diese neue Verfassung am 19. Februar 1803. Und im September kommt dann ein Vertrag mit Frankreich hinzu, in dem die Schweiz Napoleon ein Kontingent von 16000 Söldnern zugesteht.

WILHELM TELL & CO.

Warum soll man diesem Ereignis, bei dem die Eidgenossen nicht gerade eine gute Figur machten, Beachtung schenken? Weil die napoleonische Mediationsakte die



MIR NACH! Napoleon Bonaparte war ein gewalttätiger Autokrat. Doch ohne ihn gäbe es die moderne Schweiz nicht. Vielleicht gäbe es die Schweiz sogar gar nicht mehr. FOTO: GOOGLE ART PROJECT

Grundsteine der noch heute gültigen Staatsform der Schweiz legte. Wichtigste Elemente waren der Föderalismus und die Schaffung von sechs neuen Kantonen: St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, das Tessin und die Waadt. So kamen die ehemaligen Untertanengebiete frei. Damit standen der konservativen und aristokratischen Schweiz neue, liberale Kräfte entgegen, die 1848 schliesslich den aktuellen Bundesstaat erkämpften.

Die Geschichte um die Mediationsakte wird hierzulande nur ungern in der Öffentlichkeit diskutiert. Dass die moderne Schweiz auf einem Diktat Napoleons beruht, ist nur schwer einzugestehen. Hinzu kommt, dass die Grossmächte der Schweiz am Ende der napoleonischen Herrschaft, am Wiener Kongress von 1815, auf der Basis der Mediationsakte eine neue

Verfassung diktierten. Dabei legten sie staatsrechtlich erstmals die Neutralität fest. Bei diesem Ereignis war die Schweiz genauso zerstritten wie zwölf Jahre zuvor – und nur Zaungast.

SOVERÄNITÄT ALS ILLUSION

Wir mögen uns über diese Geschichte ärgern oder freuen – Tatsache ist jedenfalls, dass die moderne Schweiz in erheblichem Masse unter dem Einfluss, ja dem Druck der internationalen Staatengemeinschaft zustande kam. Doch mit dem im 19. Jahrhundert aufkommenden nationalistischen Patriotismus wollte man diese Tatsache lieber unter den Teppich wischen. Stattdessen prägte man Schweizer Mythen und Legenden: Wilhelm Tell, Niklaus von Flüe und die Schlachten der alten Eidgenossen. Sie verfestigten das mythisch verklärte Bild einer Schweiz, die selbständig und tapfer ihre Freiheit und Unabhängigkeit erkämpft. Die Geschichte der Schweiz zeigt jedoch etwas ganz anderes: dass die

Souveränität, das heisst die absolute Durchsetzung des eigenen Willens, eine Illusion ist. Die Schweiz war und ist ein Land in der Mitte Europas und kann sich dem Einfluss der Mächte nicht entziehen. Im besten Fall gelingt es der Schweiz, sich ihnen einvernehmlich mit Verträgen anzupassen. Ohne Absprache mit den Nachbarn jedoch ist die Existenz der Schweiz nicht gesichert.

Und Napoleon, soll er nun für sein Eingreifen in der Schweiz gefeiert werden? Nein, denn er war ein gewalttätiger, eigensinniger und rücksichtsloser Autokrat. Wichtig war ihm allein die persönliche Macht. Seine Kriege kosteten Hunderttausenden das Leben. Wo seine «Grosse Armee» vorbeizog, breitete sich Armut aus. Napoleon hob auch das zuvor erlassene Verbot der Sklaverei auf. Seine vernünftigen politischen und juristischen Reformen, von denen wir heute noch profitieren, vermögen seine Untaten bei weitem nicht wegzuwischen.

Historische Verblendung

Wie einst im Mai

Frankreichs Präsident Macron feiert Napoleon. Also sich selbst.

OLIVER FAHRNI

Als er im ägyptischen Dendera das Antlitz der Liebesgöttin Hathor erblickte, sagte General Napoleon, nun wolle er auf dem Rücken von Elefanten bis nach Indien reiten wie Alexander der Grosse. Keiner zu klein für grosse Ambitionen! Doch der Ägyptenfeldzug stockte, die Bevölkerung von Kairo revoltierte, und Napoleon setzte sich nächstens von seiner Armee heimlich nach Frankreich ab. Nur einen Monat später, am 9. November 1799, stürzte er im Auftrag der Banker und der alten Herrscherfamilien in Paris die Republik. Und machte der Französischen Revolution ein Ende. Danach über-



NASE AN NASE: Napoleon I. und Emmanuel Macron. FOTO: REUTERS

zog er ganz Europa mit Krieg, Massaker und Vergewaltigung (3 bis 7 Millionen Tote), führte die Sklaverei wieder ein, gab Frankreich eine zentralistische Verwaltung, ein patriarchalisches Familienrecht, erstickte die Aufstände in Haiti und anderswo im Blut und kürte sich eigenhändig zum Kaiser Napoleon I.

EIN ALTER TRICK. Den 200. Todestag dieses Mannes feierte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron nun mit der Nationalhymne Marseillaise, einer Kranzniederlegung und einer feierlichen Rede vor Offizierskadetten. Historiker hatten abgeraten. Ein zu dunkles Kapitel der Geschichte! In Paris gibt es keine Rue Napoléon. Doch was kümmert Macron schon die historische

Helden sind nützlich, auch wenn sie Schurken sind.

Wahrheit? Er ist ein Politiker in Not. Seine neoliberalen «Reformen» haben Millionen Franzosen in existentielle Schwierigkeiten versetzt. Seine Covid-Politik ist ein Desaster. Und sein Präsidialregime wird täglich autoritärer. In elf Monaten aber sind Neuwahlen. Da soll die Rehabilitierung des Völkerschlächters und brachialen Modernisierers Europas, der uns nebenbei auch noch die deutsche Romantik und den deutschen Nationalismus einbrockte, nun etwas Glanz und Legitimität auf Macron abstrahlen. Ein alter Trick. Erinnerungspolitik ist Teil der politischen Propaganda. Heldinnen und Helden sind nützlich, auch wenn sie Schurken und Schurken waren. Macron sprach über sich selbst, als er sagte: «In jedem von uns ist ein Stück von ihm.» Und: «Sein Leben beweist, dass ein einzelner Mann den Gang der Geschichte verändern kann» (Ich, Ich!).

APPLAUS VON LE PEN. Die extreme Rechte und die Rechtsextremen feierten die Weisswaschung von Putsch-Kaiser Napoleon lauthals mit. Er ist ihr Idol. Das sagt etwas über den aktuellen Zustand der Republik. Am 21. April haben 20 ultrarechte Generäle a.D. und Hunderte von Offizieren die Armee öffentlich zum Putsch aufgerufen. Marine Le Pen, Chefin des Front national, applaudierte. Die Neofaschistin ist derzeit die aussichtsreichste Gegenkandidatin Macrons für die Wahlen im Mai 2022.

* Hans Ulrich Jost ist Historiker. Von 1981 bis 2005 war er Geschichtspräsident an der Universität Lausanne.

EU-Sozialgipfel
Pakt von Porto

Portugal war Anfang Mai Zentrum der Diskussion über ein soziales Europa. In der Stadt Porto unterzeichneten am «Sozialgipfel» die Spitzen der EU-Institutionen, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber den Pakt von Porto für die «Säule der sozialen Rechte». Sie soll den Menschen in der EU mehr Rechte verschaffen.

ROSSKUR. Eigentlich paradox: Denn es war just ebendiese EU-Spitze, die vor zehn Jahren Portugal mit antisozialen Massnahmen gepeinigt hatte. Mit einem mörderi-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

schen Sparpaket, mit Absenken der Löhne, Aushöhlen der Gesamtarbeitsverträge usw. Mit dieser Dumping-Roskur hätte Portugal wieder «wettbewerbsfähig» werden sollen. Doch obschon das Land viele Massnahmen bald rückgängig machte, als eine linke Regierung ans Ruder kam, dümpeln die portugiesischen Reallöhne noch heute auf dem Stand von damals. Und jetzt soll

**EU-Kommission
will bei Sozial-
rechten vorwärts-
machen.**

die Rettung ausgerechnet von der EU kommen, feierlich verkündet in Porto? Der Pakt sei nur warme Luft, sagen die portugiesischen Kommunisten. Auch die starke Gewerkschaft CGTP sieht darin noch keine wirkliche soziale Wende.

OFFENES FENSTER. Und doch sind diese ersten Schritte zu einem solidarischeren Europa eine Tatsache. In der Coronakrise hat die EU nämlich gemeinschaftlich Geld aufgenommen. Für günstige Kredite zur Stützung des Gesundheitswesens und der Arbeitslosenversicherungen. Und für ein riesiges Investitionsprogramm zur Wiederankurbelung der Wirtschaft. Davon erhält Portugal 14 Milliarden à fond perdu. Zudem ist die Schuldenbremse bei den Staatsbudgets bis 2022 aufgehoben: Die EU setzt neu auf Investieren, nicht auf Sparen. Mit dem Pakt von Porto verspricht die EU-Kommission, jetzt auch bei den sozialen Rechten vorwärtzumachen: Lohngleichheit für die Frauen, Erhöhung der Mindestlöhne, Ausbau der Kollektivverträge. Noch sind die Gesetze nicht definitiv. Aber in Europa sind sich die fortschrittlichen Kräfte einig: ein Fenster voller Möglichkeiten ist aufgestossen. In den nächsten Monaten können also verbindliche Sozialrechte negotiated werden. Immerhin!



**GAV Coop – was ist dir
besonders wichtig?**

Die Verhandlungen für den neuen GAV Coop laufen auf Hochtouren. Lohn, Gesundheitsschutz, Bildung oder Vereinbarung von Beruf und Freizeit: Was ist deine wichtigste Forderung? Mach mit an der Kurzumfrage: www.unia.ch/umfrage-gav-coop

Bundesrat muss bis Ende Monat Entscheid treffen
Rahmenabkommen: Hat's noch Puls?

**Das Gezerre um das
EU-Rahmenabkommen
in der vorliegenden
Form nähert sich dem
Ende. Und die Debatte
darum treibt seltsame
Blüten.**

CLEMENS STUDER

Bis Ende Mai muss sich der Bundesrat entscheiden, wie es mit dem vorliegenden Rahmenabkommen mit der EU weitergeht: Abbruch, Abbruch hinauszögern, Neuverhandlungen? Die Aufgabe ist delikat. In erster Linie, weil Aussenminister Ignazio Cassis bei den Verhandlungen das Mandat des Bundesrates überschritten hat. Er wollte die flankierenden Massnahmen (FlaM) zum Lohnschutz opfern. Weil das auch die Marktradikalen in der EU wollen. Ihr Herz schlägt definitiv nicht für die Lohnabhängigen. Doch die Ge-

**Was die Arbeitgeber
nicht übers Rahmen-
abkommen erreichen
konnten ...**

werkschaften stoppten den bundesrätlichen Kamikaze-Flieger und leisten seither entschieden Widerstand.

UMFRAGE-SCHARADE

Das Rahmenabkommen in der vorliegenden Form hat nur noch wenige Freundinnen und Freunde. Dazu gehört neben den rechten Grünen von der GLP auch die Pharmaindustrie. Die bestellte sich beim Meinungsforschungsinstitut GfS eine Umfrage – und dieses lieferte wie bestellt. Ergebnis: Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer sind für das Rahmenabkommen. Besonders stark angeblich die Mitglieder der SP. Die Interpharma fand dann auch dienstbare Journalisten, die diese angebliche Sensation verkündeten und auftragsgemäss die Nebelpetarden zündeten. Und einen Angriff auf die SP-Spitze lancierten, Tenor: Die



WIEDERBELEBUNGS-VERSUCH: Bundesrätin Viola Amherd möchte das Rahmenabkommen nochmals beatmen, mit erstaunlich gewerkschaftsnahen Vorschlägen. FOTO: KEYSTONE

Umfrage zeige deutlich, dass die SP wegen ihrer Gewerkschaftsnähe an ihrer Basis vorbeipolitisiere. Dumm nur: die Umfrage gibt diesen Angriff gar nicht her. Denn die gestellte Frage lautete: Würden Sie einem «solchen Rahmenabkommen» zustimmen? In den Erläuterungen geht es darum, den bilateralen Weg abzusichern. Die Frage war eben nicht, ob man diesem Rahmenabkommen, also dem vorliegenden, zustimmen wolle. Sondern «einem Rahmenabkommen». Und da gibt es auch keine Differenz mit den Gewerkschaften. Sie sagen ja auch: «Rahmenabkommen ja, aber nicht so.» Konsequenz und klar seit Beginn der Debatte.

RETTUNGSTEAM AMHERD

Vergangene Woche lancierte CVP-Bundesrätin Viola Amherd einen Versuch, die festgefahrenen Verhandlungen mit der EU doch wieder in Fahrt zu bringen. Festgefahren sind die Verhandlungen insbesondere deshalb, weil Aussenminister Cassis offenbar auf irgendei-

nem Flughafen irgendeinem EU-Vertreter per Handschlag versprochen hat, das Rahmenabkommen in der vorliegenden Form zu unterzeichnen. Verständlich, dass die EU jetzt mehr als ein bisschen irritiert ist über die innerschweizerischen Diskussionen und sich stur stellt. Amherd möchte den gordischen Knoten mit (verkürzt) zwei Dingen lösen: Die Schweiz kommt der EU bei der Unionsbürgerrichtlinie (mit Schutzklausel) entgegen, dafür werden die schweizerischen FlaM und damit insbesondere der Lohnschutz geschützt. Das ist bemerkenswert nahe an den gewerkschaftlichen Positionen.

ALTER WEIN, ALTE SCHLÄUCHE

Unterdessen bringen sich auch die Lohnschutzschleifer, die den ganzen Schlamassel angerichtet haben, in Stellung. Mit irgendwelchen Plänen B. FDP-Kreise und Teile der Arbeitgeber verlangen eine «Revitalisierung» der Schweizer Wirtschaft. Unter «Revitalisierung» verstehen sie in erster Linie tiefere

Löhne, höhere Arbeitszeiten und weniger Arbeitnehmerschutz. Oder andersrum: Was sie – dank dem Widerstand der Gewerkschaften – nicht über den Umweg Rahmenabkommen erreichen konnten, wollen sie jetzt einfach im Inland durchsetzen. Geradezu put-

**... wollen sie jetzt
einfach im
Inland durchsetzen.**

zig ist die Spitze des Gewerbeverbandes unter Wortführung des vom Volk als Nationalrat abgewählten Hans-Ulrich Bigler. Sie hat seit Ausbruch der Corona-Pandemie aus ideologischen Gründen alles getan, damit es dem Gewerbe nicht bessergeht: Entschädigungen verzögert, nichttrentierende Haurucköffnungen durchgestierrt und sich in Sachen Mieten auf die Seite der Immobilienhaie gestellt statt auf die Seite der Gewerblerrinnen und Gewerbler, die unter den Mieten trotz geschlossenen Geschäften litten.

Massenentlassung beim Baukonzern in Graubünden
Implenia – das Abbau-Unternehmen

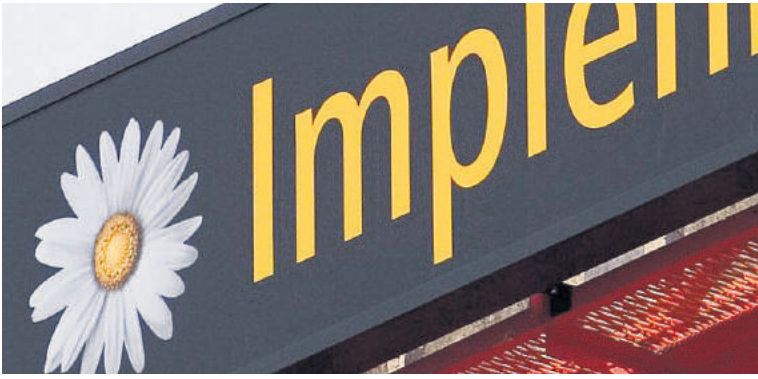
**Wieder will Implenia Stellen
streichen. Den Produktions-
einheiten in Graubünden
droht die Schliessung.**

JOHANNES SUPE

Implenia, die grösste Baugruppe der Schweiz, will ihre Produktionseinheiten in Graubünden schliessen – und damit 150 Stellen abbauen. Das kündigte der Konzern am 4. Mai an. Zuvor hatte Implenia bereits in Buchs AG 30 Arbeitsplätze vernichtet, wobei 10 Kollegen entlassen wurden (work berichtete).

PROFITMAXIMIERUNG

Kein Verständnis für die Entscheidung hat die Leiterin der Unia Ostschweiz-Graubünden, Anke Gähme. Denn wirtschaftlich gehe es Implenia weiterhin gut, die Auftragsbücher seien voll, so Gähme. «In Graubünden ist Implenia an diversen Bauprojekten beteiligt. Doch Implenia will sich aus dem Geschäft zurückziehen und nur noch als Generalunternehmen fungieren.» Den Aktionären käme das zugute, denn mit weniger Personal könnten höhere Margen erzielt werden. Angekün-



SCHWER RENTABEL: Implenia ist mehr als solide aufgestellt. Trotzdem will sie auf dem Buckel der Búezer noch mehr Profit. FOTO: KEYSTONE

digt hatte Implenia das Abbauprogramm bereits im vergangenen Oktober. Betroffen sind vor allem Hoch- und Tiefbau. Statt selbst zu bauen, will der Konzern künftig vermehrt die Aufträge einholen und dann an Subunternehmen weitervergeben. Ein stärkerer Druck auf die Preise ist so programmiert.

Einen Vorgeschmack darauf soll es jetzt schon in Graubünden geben. Denn Implenia wolle seine Einheiten zwar rasch schliessen, bestehende Aufträge aber trotzdem beenden, so Unia-Frau

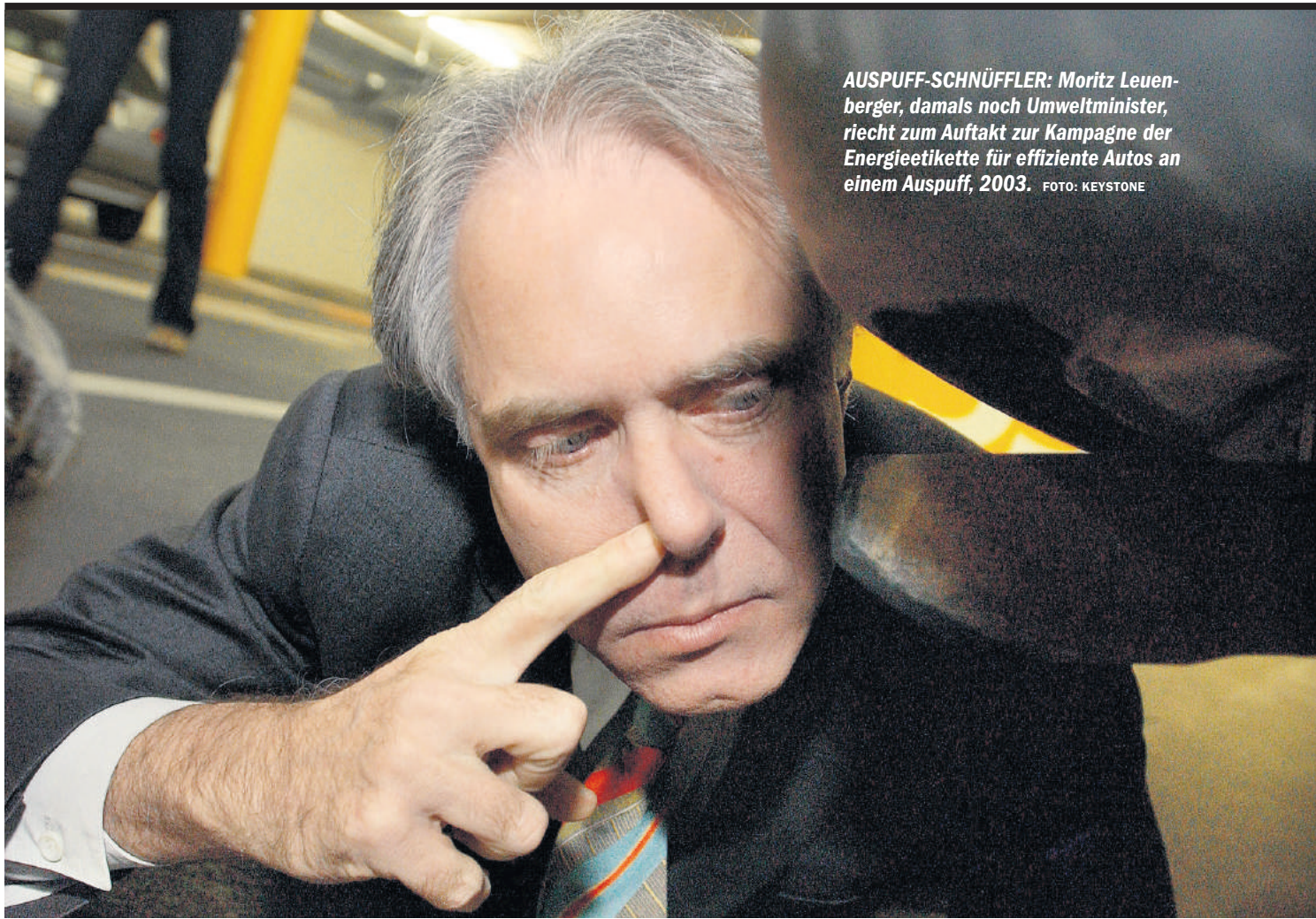
Gähme. Und weiter: «Die Mitarbeiter sollen jetzt in andere Firmen übergeführt werden. Direkt im Anschluss will Implenia sie dann ausleihen, um die Bauprojekte abzuschliessen.» Bei den Arbeitern rufe das Vorgehen Enttäuschung und Wut hervor. Sogar die lokalen Führungskräfte könnten den Entscheid nicht verstehen.

Speziell sei das Vorgehen des Unternehmens auch bei der Aushandlung des Sozialplans. Der soll die von Entlassungen Betroffenen absichern, entsprechend wichtig ist es, dass Mitarbeiter

und Gewerkschaft eine eigene Verhandlungsdelegation aufstellen. Nicht so bei Implenia: Der Konzern schlug gleich selbst eine «Sozialplankommission» vor. In der sollen nur Vorarbeiter und Poliere Platz haben, «gewöhnliche» Arbeiter nicht. Für Unia-Regioleiterin Gähme kommt das nicht in Frage: «In Mitgliederversammlungen werden wir uns ordentlich mandattieren lassen. Wenn Implenia das nicht akzeptiert, wird das Unternehmen grössere Probleme mit uns bekommen.»

BEDROHLICHE TENDENZ

Unia-Bauchef Nico Lutz sieht derzeit eine bedrohliche Tendenz. «Früher waren Massenentlassungen auf dem Bau kaum ein Thema. Doch im vergangenen Jahr waren wir mit auffällig vielen konfrontiert», so Lutz. Zwar seien die Zahl der Baugesuche und das Bauvolumen weiterhin hoch. Doch ein ruinöser Preiskampf bedrohe immer stärker die Arbeitsbedingungen. Für Lutz ist klar: «Wir werden stärker über unsere Reaktionen bei Massenentlassungen auf dem Bau diskutieren müssen.»



AUSPUFF-SCHNÜFFLER: Moritz Leuenberger, damals noch Umweltminister, riecht zum Auftakt zur Kampagne der Energieetikette für effiziente Autos an einem Auspuff, 2003. FOTO: KEYSTONE

Abstimmung vom 13. Juni: Ja zum CO₂-Gesetz (Viel) besser als nichts

Das CO₂-Gesetz geht zu wenig weit und hat einige Macken. Trotzdem ist es ein grosser Schritt in die richtige Richtung. Fürs Klima. Gerade auch für untere und mittlere Einkommen. Und für das einheimische Gewerbe.

CLEMENS STUDER

Der Klimawandel bedroht die Welt. Das ist bei allen vernünftigen Menschen unbestritten. Nach langen Diskussionen hat sich die internationale Gemeinschaft auf die sogenannten Pariser Klimaziele verständigt. Die sind nicht sehr ambitioniert. Trotzdem sind die meisten Staaten weit davon entfernt. Auch die Schweiz. Das soll sich jetzt ein Stück weit ändern mit dem CO₂-Gesetz, über das wir am 13. Juni abstimmen.



Darum geht es: Um den Klimazielen näherzukommen, sieht das Gesetz eine Reihe von Massnahmen vor. Zum Beispiel:

Flugticketabgabe: Der Bund erhebt künftig eine Flugticketabgabe: 30 Franken für Kurzstreckenflüge und bis 120 Franken bei Langstreckenverbindungen. Die eine Hälfte der Gelder wird gleichmässig pro Kopf an die Bevölkerung zurückverteilt. Die andere Hälfte fliesst in den Klimafonds. Vielfliegende, also meistens Gut- bis Bestverdienende, bezahlen mehr als jene, die ein- oder zweimal pro Jahr mit der Familie in die Ferien fliegen. Das zeigen alle Berechnungen. Noch deutlicher wäre dieser Effekt, wenn mit dem Klimafonds nicht ein neues Kässli geschaffen, sondern die Abgaben zu 100 Prozent direkt zurückerstattet worden wären.

Benzinpreis: Importeure und Hersteller von fossilen Treibstoffen sollen endlich einen grösseren Anteil des CO₂-Ausstosses kom-

pensieren müssen. Benzin und Diesel werden leicht teurer – bis 2025 höchstens um 12 Rappen.

Gebäude: Der Grenzwert von maximal 20 Kilogramm CO₂ pro Quadratmeter Energiebezugsfläche (vereinfacht: die beheizten Wohn- und Gewerberäume) im Jahr wird in Fünfjahresschritten um jeweils fünf Kilogramm reduziert. Das schafft Anreize für energetische Sanierungen – und damit Tausende von Jobs im Gewerbe.

CO₂-Abgabe: Heute kann der Bund Abgaben von maximal 120 Franken pro Tonne CO₂ erheben, neu sollen bis 210 Franken pro Tonne möglich sein. Das entspricht etwa 50 Rappen pro Liter Heizöl.

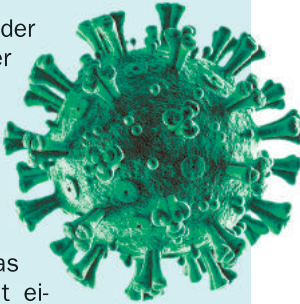
So kam es dazu: Nach jahrelanger Blockadepolitik der rechten Parteien beim Klimaschutz sorgte die Klimabewegung für Bewegung. Insbesondere die FDP bewegte sich. Aufgeschreckt von den Wahlerfolgen der rechten Grünen von der GLP in den Kantonen, liess FDP-Präsidentin Petra Gössi vor den nationalen Wahlen ihre Parteibasis befragen. Dies konnte zwar die Verluste der FDP bei den Wahlen nicht verhindern. Zeigte aber, dass die freisinnige Basis wesentlich «grüner» ist als die Tenöre ihrer Bundeshausfraktion. Dieser war bis zur Umfrage zum Thema Klimaschutz nicht viel mehr eingefallen als «neue AKW». Nach dem Grünrutsch bei den Nationalratswahlen 2019 kam zusätzlich Bewegung in die Sache.

Wer ist dafür? Eigentlich alle Parteien, die Umweltorganisationen und die meisten Verbände der Sozialpartner. Skeptisch ist ein Teil der Klimabewegung in der Westschweiz, der sich bei einem Nein ein griffigeres Gesetz erhofft. Was angesichts der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse illusorisch sein dürfte. Hinter dem Gesetz stehen übrigens selbst die sogenannten energieintensiven Betriebe (zum Beispiel etwa Stahl- und Zementwerke), die bei einem Nein ihre Vergünstigungen verlieren würden. Daran hängen Zehntausende von Arbeitsplätzen.

Wer ist dagegen? Im wesentlichen die Erdöllobby, die Autoimporteure, Teile der Autolobby und ihre Partei SVP. Sie führen eine faktisch faktenfreie Kampagne gegen das Gesetz.

Ja zum Covid-Gesetz: Sichern wir, was ist

DARUM GEHT ES: In der ersten Welle der Pandemie hat der Bundesrat im Alleingang einige Massnahmen zur Stützung der Wirtschaft getroffen. Unterdessen hat das Parlament dies mit einem Gesetz abgesegnet. Mit Erweiterungen und Einschränkungen. Und darum geht es jetzt.



DARUM GEHT ES NICHT: Es geht definitiv nicht um die zum Teil umstrittenen Massnahmen des Bundesrates zur Pandemiebekämpfung (Lockdown usw.) Denn sie sind nicht Teil des Covid-Gesetzes. Der Bundesrat kann sie weiterhin auf der Grundlage des Epidemiegesetzes beschliessen.

WAS STEHT AUF DEM SPIEL? Bei einem Nein würden viele heute geltende Massnahmen entfallen. Zum Beispiel in Sachen Härtefallgelder, Kurzarbeitszeit, Arbeitslosenversicherung oder Unterstützung für Sport und Kultur. Zwar wäre es möglich, dass einzelne Massnahmen vom Parlament wieder beschlossen würden. Doch angesichts der Trödlerei der rechten Parteien, die wir im vergangenen Jahr erlebt haben, würde das mindestens zu erheblichen Verzögerungen führen. Verzögerungen, die gerade auch die Lohnabhängigen und die KMU in noch grössere Not bringen würden.

WER IST DAFÜR? Eigentlich alle Parteien und die Sozialpartner. Sogar die dauernd motzende Gastrosuisse und der Gewerbeverband.

WER IST DAGEGEN? Die «Corona-Skeptiker», also jene Leute, die bei ihren maskenlosen Aufmärschen zum Beispiel Passantinnen und Passanten anspucken oder umarmen wollen. Keine Meinung zum Covid-Gesetz hat offiziell die SVP. Was auch eine Aussage ist: eine gegen das Gewerbe und gegen die Lohnabhängigen. (cs)



la suisse existe
Jean Ziegler

DER SIEG DER WAFFENHÄNDLER

Wer Bücher schreibt, braucht eine Panzerhaut wie ein Rhinoceros. Die erste Auflage meines jüngsten Buchs über die schändliche europäische Flüchtlingspolitik erschien im letzten Jahr (siehe Fussnote). Die Kritiken im «Tages-Anzeiger», in der «Süddeutschen

Schweizer Steuer-millionen helfen mit, die verbrecherische Menschenjagd zu finanzieren.

Zeitung», im work, in ARD, ZDF und Deutschlandfunk waren gut bis sehr gut. Selbst die

NZZ fand das Buch «nützlich». Nur die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» publizierte einen Totalverriss. Der Idiot jenes Blattes warf mir vor, ich verleumde die europäische Grenzschutzbehörde Frontex, weil ich ihr die Jagd auf Flüchtlingsboote im östlichen und zentralen Mittelmeer vorwerfe.

HILFLOSES EU-PARLAMENT. Brüssel, Donnerstag, den 29. April 2021: Das Europaparlament verweigert mit 528 zu 127 Stimmen bei 43 Enthaltungen die Genehmigung des Frontex-Geschäftsberichtes von 2019. Grund: Die mit schweren Maschinengewehren bestückten Schnellboote von Frontex hindern mit Gewalt die maroden Schiffe und Gummiboote voller hilfessuchender Menschen daran, eine europäische Küste zu erreichen. Frontex liquidiert damit das universelle Menschenrecht auf Asyl. Die Zeitung «Le Monde» vom 3. Mai, die dem Donnerschlag aus Brüssel eine halbe Seite widmet, stellt ernüchternd fest, dass die Abstimmung an der Praxis der Grenzschutzbehörde nichts ändern werde. «Le Monde» hat recht. Denn es geht um riesige Interessen der Rüstungsindustrie. Frontex setzt die Abschreckungsstrategie der EU um. In ihrer Finanzplanung sieht die EU für «Grenz-sicherung und Migration» ein Budget von 34,9 Milliarden Euro vor. Mit dieser Summe soll eine Hochleistungstechnologie zur Menschenjagd finanziert werden.

HOCHLEISTUNGSTECHNOLOGIE. Entlang der Mauer von 700 Kilometern Länge, die den Nordwesten Syriens von der Türkei trennt, finanziert Brüssel zum Beispiel eine Selbstschussanlage. Nähert sich ein Mensch der Mauer auf 300 Meter, vernimmt er zunächst in drei Sprachen und mehrfach wiederholt die Aufforderung, umzukehren. Geht er trotzdem weiter, wird er von einem automatisch ausgelösten Maschinengewehr unter Beschuss genommen. Die Rüstungsindustrie entwickelt spezielle Radargeräte und geostatische Satelliten, die Bewegungen am Boden erkennen. Röntgenscanner, Herzschlagmessgeräte und Atemluftscanner spüren Flüchtlinge auf, die in geschlossenen Lastwagen transportiert werden.

MIT SCHWEIZER STEUERGELD. Unter den rund 1000 Frontex-Beamten sind auch Schweizer Zöllnerinnen und Polizisten. Schweizer Steuer-millionen helfen mit, die verbrecherische Menschenjagd zu finanzieren. Der Bundesrat muss sogleich und ersatzlos auf die Frontex-Mitgliedschaft verzichten.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

Kleine Geschichte des Patents

Die Kapitalisierung des Wissens

Es gibt harmlose Formen der Patent-Wirtschaft. Aber über die Zeit gesehen dienen Patente immer jenen, die schon haben. Und manche sind sogar tödlich.

CLEMENS STUDER

Eine «patente Frau», ein «patenter Mann» sind praktisch veranlagt und tüchtig. Eine «patente Sache» ist praktisch und sehr brauchbar. So die Umgangssprache.

720 Jahre v. Chr., Golf von Tarent (heute: Kalabrien): Griechen gründen die Kolonie Sybaris. Das Klima ist gut, die Böden fruchtbar. Die Oberschicht wird schnell reich – und verfressen. Die Köche überbieten sich mit immer neuen Leckereien. Damit nicht jede Neukreation vom Wirt nebenan kopiert wird, führen die Oberen einen «Patenschutz» ein. Der sieht so aus: Jeder Koch darf sein Gericht während eines Jahres ausschliesslich selber anbieten. So berichtet es der griechische Chronist Athenaios der Ältere. Rund 200 Jahre später kommt es zum Aufstand in Sybaris. Die Aufständischen vertreiben die 500

Reichsten und beschlagnahmen ihr Vermögen. Diese fliehen in die Nachbarstadt. Es kommt zum Krieg, und Sybaris wird zerstört.

Die Schweiz lehnte Patente ganz lange ab.

GNAD DER HERRSCHENDEN. In den kommenden Jahrhunderten macht der Begriff «Patent» und seine Bedeutung eine Wandlung durch. Er wird generell zum Synonym für Privilegien oder Erlaubnisse, die die Herrschenden verleihen. Vom «Landpatent» zum Beispiel, das die Eroberung von fremden Gebieten erlaubt, bis zum «Offizierspatent», das den militärischen Rang bestätigt. Oder auch zur Absicherung von regionalen Handelsmonopolen, zum Beispiel mit Salz, Blei, Papier oder auch Johannisbeeren. Und noch heute braucht in der Schweiz ein «Fischerpatent», wer in der Freizeit Würmer baden will. Die Patent-Schacherei ist vor allem in England weit verbreitet und nimmt Ausmasse an, die bereits im 17. Jahrhundert dazu führen, dass sie in einem neuen Gesetz wieder eingeschränkt werden muss. Die Patente auf Erfindungen sind lange kein Thema. Im Mittelalter sind technische Errungenschaften grundsätzlich gemeinfrei. Geschützt werden sie allerdings dadurch, dass Menschen ausserhalb der Zünfte dazu keinen Zugang bekommen. Zünfte sind mehr oder weniger Handwerkervereinigungen. Heute gibt es sie im traditionellen Sinn nicht mehr. Eine gewisse Macht haben sie noch in Sachen Netzwerke und folkloristisch. Zum Beispiel in Zürich, wo einmal im Jahr Männer in Strumpfhosen um einen brennenden Scheiterhaufen reiten. Ausser es sei Corona.

PIRATENNEST SCHWEIZ. Die Patente, wie wir sie heute verstehen, treten erst im 19. Jahrhundert ihren Siegeszug an. Mit der Industrialisierung wächst das Interesse des Kapitals, auch das Wissen zu kapitalisieren. In Deutschland lässt der Industriemogul Werner von Siemens ein Patentgesetz formulieren. Mit diesem geht er

zum damaligen Kanzler Bismarck, der es vom Parlament 1877 absegnen lässt. Die Schweiz, die sich heute als Hüterin der Patente aufspielt, lehnt Patente noch länger ab. Begründung: Patente würden die wirtschaftliche Entwicklung behindern. In den 1860er und 1870er Jahren scheitern Patentschutzideen. Erst 1888 kommt es zu einem Patentgesetz, nach dem man patentieren lassen kann, was sich «durch Modelle» darstellen lässt. Doch die Chemie-Industriellen gewinnen in den folgenden Jahren Einfluss. Sie setzen durch, dass sich seit 1907 auch «chemische Erfindungen» patentieren lassen.

VIBRIERENDE KONDOME. Niemand hat etwas dagegen, wenn sich die Swatch-Group Patente auf ihren Uhren und deren Bestandteilen sichern will, um zu verhindern, dass irgendwo auf der Welt irgendwelche Schrauberinnen irgendwas ähnliches zusammenbasteln. Und niemand hat etwas dagegen, wenn eine Maschinenfabrik ihre Innovation der sogenannten Reibahlen-Produktion schützt. Und schon gar nichts ist dagegen einzuwenden, wenn ein Aargauer Tüftler sein Spezialbesteck («Gabel-Messer») zum Schneiden von Crèmeschnitten zum Patent anmeldet. Oder der taiwanesischen Erfinder eines vibrierenden Kondoms seine patentgeschützte Errungenschaft an der Genfer Erfindermesse präsentiert. Das ist Kapitalismus in seiner harmloseren Ausprägung. Denn: Die Zeit kann auch am Kirchturm abgelesen werden oder auf dem Smartphone oder gar vergessen werden. Die Reibahle mit einer traditionellen Maschine hergestellt. Die Crèmeschnitte mit Gabel und Messer geschnitten. Und verhüten kann Mann auch mit Gummis, die nicht vibrieren.

TÖDLICHER PROFIT. Doch Kapitalismus ist in erster Linie eben auch der permanente Versuch und die permanente Praxis, selbst aus (über)lebensnotwendigen Gütern Profit

zu schlagen. Zum Beispiel aus Medikamenten oder Saatgut oder Trinkwasser. Das treibt Bäuerinnen und Bauern im globalen Süden ins Elend. Schneidet sie von Quellen ab – und tötet Menschen, die sich die überbeurten Medikamente nicht leisten können. Zum Beispiel während der HIV/Aids-Pandemie. Damals starben Millionen Menschen, weil sie keinen Zugang zu den neu entwickelten Wirkstoffen hatten. Oder bei chronischen Krankheiten oder Krebs. Das gleiche droht jetzt auch bei der Corona-Pandemie. Mit verheerenden Folgen.

WAS TUN? Kann dieses Ärgernis innerhalb des herrschenden Systems überhaupt verändert werden? Eigentlich wäre es ganz einfach: die Entwicklung und die Herstellung der zentralen Medikamente und Impfstoffe werden als Service public definiert. Sie gehören in die Hand der Gesellschaft. Dafür braucht es den politischen Willen, die entsprechende Infrastruktur aufzubauen. Aber eben, an diesem Willen fehlt es. Denn eine Nebenwirkung des Patentschutzes im Pharmabereich ist, dass die Branche enorme Summen investieren kann ins Lobbying. Fazit: Der Patentschutz ist ganz ein patenter Kerl – fürs Kapital.

Krebsarzt Franco Cavalli (78) über Impfnationalismus und schädliche Pharma-Patente

«Beim Patentschutz ist die Schweiz einer der grössten Taliban»

Immer mehr Länder wollen das geistige Eigentum an Medikamenten und Impfstoffen gegen Corona aufheben. Doch die Schweiz sträubt sich. Das sei brandgefährlich, erklärt Onkologie-Professor Franco Cavalli im work-Interview.

JONAS KOMPOSCH

work: Herr Cavalli, sind Sie schon geimpft?

Franco Cavalli: Komplet!

Aber nicht etwa mit dem kubanischen Vakzin Soberana 2? Sie als medizinischer Kuba-Berater sind doch häufig dort.

Nein, als ich im Winter in Havanna war, befand sich dieser Impfstoff noch in der Testphase.

Die Karibikinsel gibt ja ordentlich Gas in der Impfstoffproduktion. Was ist der aktuelle Stand?

Vor wenigen Tagen hat in Kuba die grosse Impfkampagne begonnen. Bis August soll die gesamte Bevölkerung immun sein. Danach geht Soberana 2 auch in den Export.

Ist Kuba also der Beweis, dass arme Länder die Covid-Krise selbständig meistern können?

Keinesfalls! Die wenigsten Entwicklungsländer sind fähig, einen Impfstoff zu entwickeln. In Kuba ist das möglich, weil Fidel Castro 1982 einen wegweisenden Beschluss fasste: Der Inselstaat sollte zu den Pionieren der Biotechnologie vorrücken. Noch im gleichen Jahr eröffnete in Havanna das Zentrum für Gen- und Biotechnologie (CIB). Es begann eine immense Forschungstätigkeit, und heute sind Biotech-Produkte das wichtigste Exportgut Kubas. Im Westen der Hauptstadt ist ein regelrechter Pharma-Hub mit 20.000 Mitarbeitenden entstanden. Viele von ihnen forschen schon lange an Impfstoffen. In Kuba sind 13 Impfungen obligatorisch, 9 davon stammen aus heimischer Produktion. Als erstes Land überhaupt brachte Kuba einen Impfstoff gegen Hirnhautentzündung hervor. Diese Grundlagen fehlen anderen armen Ländern.

In vielen Ländern gibt es noch überhaupt keinen Corona-Impfstoff, erst 4 Prozent der Weltbevölkerung sind geimpft...

...alles ginge viel schneller, wenn der Patentschutz aufgehoben würde. Indien zum Beispiel ist zwar eher schwach in der medizinischen Grundlagenforschung, hat aber eine riesige Pharma-industrie. Diese könnte innerhalb kür-

zester Zeit Milliarden von Impfdosen kopieren.

Schon heute ist das indische Serum-institut der grösste Corona-Impfstoffhersteller der Welt. Der Pharmakonzern Astra Zeneca lässt dort produzieren.

Ja, aber die Kapazitäten sind noch lange nicht ausgeschöpft. Ausserdem hat Indien die Exporte derzeit weitgehend gestoppt, weil die Seuche dort derart aus dem Ruder läuft. Jetzt rächt sich, dass ein Grossteil der Impfvorsorgung der Welt allein von Indien abhängt. Was uns übrigens auch die Pharmamultis und reiche Industrieländer wie die Schweiz eingebracht haben. Sie blockierten einen Vorschlag der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Diese wollte mit dem «Covid-19 Technology Access Pool» (C-TAP) Wissen bündeln, die Produktionslizenzierung erleichtern und den Technologietransfer beschleunigen. Weil aber viele Pharmationen ihr Veto einlegten, fiel letztlich ein Grossteil der globalen Impfstoffproduktion einem einzigen Hersteller zu, dem indischen Seruminstitut.

Warum trifft es eigentlich Indien jetzt so schlimm?

Noch sind im Land keine drei Prozent vollständig geimpft. Weil für Premierminister Narendra Modi, einen rechtsextremen Hindunationalisten mit diktatorischen Phantasien, die Konzerninteressen an erster Stelle stehen. Er hat den indischen Impfstoff mehrheitlich ins Ausland verkauft und gleichzeitig die Gefahr von Corona heruntergespielt. Die

PROFIT STATT TABLETTEN

Lesen Sie mehr zum Patentschutz und zu Big Pharma. Seite 13

aktuelle Todeswelle hat Modi mit seiner Wahlkampagne sogar selbst befördert. Für seine Propagandaveranstaltungen trommelte er Hunderttausende Menschen zusammen.

Zurück zum Patentschutz: Haben Pharmafirmen denn kein Recht darauf, ihre Entwicklungen zu schützen?

Juristisch betrachtet schon. Doch ethisch ist es absolut verwerflich. Und medizinisch fahrlässig! Je länger die Pandemie andauert, desto grösser ist die Gefahr, dass sich neue, aggressivere Mutationen entwickeln. Auch könnten sich Resistenzen gegen die verfügbaren Impfstoffe bilden. Der Impfnationalismus der reichen Länder ist deshalb sehr kurzfristig.

Aber Bundespräsident Guy Parmelin sagt: «Ohne Patente keine Innovation.»

Ich kenne nicht einen Forscher, der nur arbeitet, wenn er patentieren kann. Das selbe gilt auch für Forscherinnen. Das Patentieren dient allein der Absicherung der überrissenen Monopolpreise. Und dem Abschöpfen von dem, was andere erforscht haben.

Wie bitte?

Der Mammutanteil aller medizinischen Innovation ist das Resultat von staatlich finanzierter Forschung. Nehmen Sie die Messenger-RNA, die Grundlage für die gefeierten mRNA-Impfstoffe von Pfizer-Biontech und Moderna. Sie wurde 1961 entdeckt mit ausschliesslich öffentlichen Geldern Frankreichs und der USA. In den 1990ern verstand man schliesslich, wie die mRNA für Medikamente zu



Franco Cavalli

Franco Cavalli (78) ist Arzt und Onkologie-Professor. Bis 2017 war der Tessiner wissenschaftlicher Direktor des onkologischen Instituts der italienischen Schweiz (IOSI). Mit seinen 18 internationalen Auszeichnungen gehört er zur Weltspitze seines Fachs. Als Gesundheitspolitiker wirkte der überzeugte Marxist zwölf Jahre für die SP im Nationalrat. Cavalli ist Präsident des Hilfswerksverbunds Medicuba Europa.

Bereich eigentlich nichts zu suchen. Die Pharmaindustrie muss von der Allgemeinheit kontrolliert werden und soll dieser dienen. Gesundheit kommt vor Profit. Punkt.

Aber die Schweiz hat in Europa die meisten Patentanmeldungen pro Kopf. Ein Grossteil der Patente betrifft den biomedizinischen Bereich. Ginge mit ihrer Abschaffung der Pharmastandort nicht vor die Hunde? Nein, denn wir erzielen regelmässig akademische Bestleistungen. In Relation zur Bevölkerungszahl hat die Schweiz europaweit am meisten ERC-Grants inne, also EU-Auszeichnungen für wissenschaftliche Exzellenz. Ausserdem gibt es lukrative Alternativmodelle zu Patenten: Wer forscht, soll für seine Erfindungen zwar materiell belohnt werden, aber kein Patent darauf beanspruchen können. Auch Josef Stiglitz fordert das seit langem, der Ex-Chefökonom der Weltbank.

Gut, aber was muss die Politik jetzt sofort anpacken?

Das Parlament muss dem Bundesrat Beine machen! Die Sommersession steht bevor. Die Schweiz muss den Vorschlag zur Patentschutzaufhebung für Corona-Impfungen unterstützen. Das ist das mindeste!

desrat drohte Kolumbien, die Entwicklungshilfe zu kürzen. Damit war die Zwangslizenz vom Tisch.

Wie gross ist denn der Einfluss der Pharmaindustrie in Bundesbern? Enorm! Die Lobby der Pharma ist heute noch mächtiger als jene der Banken. Pharmavertreter sind im Parlament Dauer Gäste und bearbeiten jede Parlamentsfraktion intensiv. Das hat auch mit den wachsenden Milliardenumsätzen und den irrsinnigen Gewinnspannen zu tun. In Deutschland etwa ist die Pharmaindustrie in dieser Hinsicht bereits potenter geworden als die Automobilindustrie. Und in den USA ist Big Pharma seit 30 Jahren der wichtigste Sponsor der republikanischen Präsidentschaftskandidaten. Diese haben als Dank sämtliche Preisregulationen von Medikamenten abgeschafft. Heute können die Amerikaner Preise machen, wie sie lustig sind. Das ist ein globales Problem, denn der US-Markt bestimmt den Weltmarktpreis. Wer diesen nicht zahlen will oder kann, geht leer aus.

Ausser das betreffende Land erlangt eine Zwangslizenz. Welche Erfahrungen gibt es damit?

Zwangslizenzen sind immer mit einem langen juristischen Hickhack verbunden und daher sehr schwer durchzusetzen. Der heutige Patentschutz basiert ja auf den Doha-Beschlüssen der Welthandelsorganisation (WTO) aus dem Jahr 2001. Diese besagen, dass in bewiesenen

schen zeigt auch die EU Gesprächsbereitschaft. Eine historische Kehrtwende?

Ja, Joe Biden hat den Mut gefunden, der Obama fehlte. Dieser wagte es damals nicht, die Medikamentenpreise zu regulieren. Aber der heutige US-Präsident steht eben unter massivem Druck der demokratischen Linken um Senator Bernie Sanders und der Abgeordneten Alexandra Ocasio-Cortez. Ihr wichtigstes Wahlversprechen war die Regulierung der Pharmabranche. Zudem will Biden mit diesem populären Schritt der weltmacht politischen Konkurrenz aus China und Russland entgegenwirken.

Ganz anders die Schweiz. Auf immer einsamerem Posten will der Bundesrat am Patentschutz festhalten. Erstaunt Sie das?

Überhaupt nicht. Die Schweiz gehört seit je zu den radikalsten Taliban des Patentschutzes. Ich gebe ein Beispiel aus dem Jahr 2015: Ein patentiertes Krebsmedikament von Novartis kostet einen Kranken 3500 Franken – im Monat! Weil sich Kolumbien das nicht leisten kann, strebte das Land eine Zwangslizenz an. Mit einer solchen Lizenz dürfen notleidende Mitgliedstaaten des sogenannten TRIPS-Abkommens billigere Generika kaufen. In diesem Fall ein indisches Produkt, das einen Zehntel des Novartis-Preises kostet. Doch der Basler Konzern schickte sofort seine Lobbyisten nach Bern. Es ging nicht lange, und der Bun-

Die Lobby der Pharma ist heute noch mächtiger als jene der Banken.

er kommt vor und ist oft tödlich. Die Tumoren von Kindern unterscheiden sich erheblich von jenen der Erwachsenen. Es brauchte also mehr Forschung hierzu. Daran haben die Pharmariesen aber wenig Interesse. Weil der Markt zu klein ist.

Schon über 100 Staaten fordern die Lockerung des Patentschutzes für coronabezogene medizinische Produkte. Neuerdings wollen sich sogar die USA dafür starkmachen. Und

Für die Lohnabhängigen, nicht fürs Kapital.



work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch

Neue Studie zeigt: Novartis & Co. verwandeln sich immer mehr in Finanzunternehmen

Geld machen statt Tabletten

Warum spielt Big Pharma bei den Covid-Impfstoffen nur noch die dritte Geige? Die Entwicklungsorganisation Public Eye hat nach Antworten gesucht – und gefunden.

RALPH HUG
Impfstoff von Moderna und Impfstoff von Biontech: Es sind Kleinfirmen, die mit ihren Corona-Vakzinen jetzt Milliardengewinne machen. Und nicht die grossen Basler Pharmamultis. Novartis hat dieses Geschäft schon lange abgestossen, ebenso Roche. Aber nicht etwa, weil sie damit nichts

Statt auf Innovationen setzt Big Pharma nur noch auf Profitmaximierung.

verdient hätten. Es war ihnen zu wenig lukrativ. Stattdessen stiegen Novartis & Co. auf superteure Medikamente um, etwa gegen Krebs. Da muss man weniger verkaufen und kann doch mehr Gewinn einstreichen.

In ihrem neuen und brisanten Report zeigt die Entwicklungsorganisation Public Eye, zu welch hochgezüchteten Gewinnmaschinen die grossen Pharmahersteller inzwischen geworden sind.*

Es geht ihnen um gute Aktienkurse und Maximalgewinne fürs Management sowie fürs Aktionariat. Um Profitmaximierung. Dies auf Kosten der Allgemeinheit. Wir werden via Monopole, Lobbying im Parlament und überzogene Preise regelrecht abgezockt. Public Eye präsentiert zehn Strategien, die zum heutigen Missstand geführt haben.

LANGZEIT-MEDIKAMENTE. Public Eye kreidet den Konzernen an, dass sie vorwiegend Behandlungen für chronische Krankheiten wie Krebs oder Diabetes entwickeln. Also Rezepte für zahlungskräftige Kranke, die über lange Zeiträume verschrieben werden können. Impfstoffe, die nur eine einzige Krankheit verhindern, erschei-



PROTZBAU: Auch im Basler Roche-Turm denken Manager und Verwaltungsräte in erster Linie an ihre Boni und den Profit für die Aktionäre. FOTO: KEYSTONE

nen da eher uninteressant. Jetzt aber, wo sich Impfen plötzlich zum Milliardenbusiness entwickelt, steigt Big Pharma noch schnell ein, um sich eine Scheibe abzuschneiden. Zum Beispiel der Multi Roche, der jetzt mit Antikörper-tests mit dem US-Impfstoffhersteller Moderna zusammenspannt.

PATENT-MISSBRAUCH. Seit langem schon sorgt der Patentschutz für Monopole und überteuerte Medikamen-

tenpreise. Public Eye spricht gar von einem Patentmissbrauch, der besonders verheerend für Menschen in einkommensschwachen Ländern sei (siehe work-Dossier auf den Seiten 10–11).

Die Fokussierung des Geschäfts auf lukrative Märkte in hochentwickelten Ländern sorgt ausserdem für permanent hohe Renditen. Gleichzeitig verweigern die Pharmakonzerne Transparenz und öffentliche Rechenschaft, so der Report: «Sie halten wichtige In-

formationen zu ihrem Nutzen geheim.» Dabei profitieren die Pharmafirmen massiv von der Grundlagenforschung an den Universitäten. Auch die für die Covid-Impfstoffe zentrale mRNA-Technologie stammt nicht etwa aus Privatlabors, sondern aus der öffentlichen Forschung. Der Stoff von Moderna und Biontech etwa geht auf die Forschung der Mikrobiologin Kizzmekia Corbett am staatlichen US-amerikanischen Impfforschungszentrum zurück. Die Londoner Ökonomeprofessorin Mariana Mazzucato sagt deshalb: «Es ist nicht sehr gerecht, wenn die Bürgerinnen und Bürger die finanziellen Risiken der Entwicklung tragen müssen, aber die meisten Profite dann an eine kleine Gruppe von Unternehmen gehen.»

WIR ZAHLEN DOPPELT. Für Public Eye ist es deshalb unbegreiflich, wieso die Staaten die Anti-Corona-Stoffe, die sie selbst erarbeitet haben, sozusagen zum Nulltarif den Privatkonzernen überlassen. Mit einer Lizenzierung würde auch die Allgemeinheit vom Geschäft mit der Pandemie profitieren statt nur die hochbezahlten Pharmamanager. Die Bevölkerung zahle jetzt gleich doppelt, so Public Eye: «Mit den Steuern subventioniert sie die Pharmamultis, nur um nachher noch überhöhte Medikamentenpreise zahlen und so zu den kolossalen Gewinnen von Big Pharma beitragen zu müssen.»

Der Report kommt zum Schluss, dass sich der Pharmasektor in den letzten zwanzig Jahren immer mehr zu einer Investmentindustrie entwickelt habe. «Statt in die Herstellung von Medikamenten zu investieren, verhält sich Big Pharma wie ein Private-Equity-Fonds.» Und das heisst: Man steckt das Geld vor allem in Firmenübernahmen statt in Innovationen. Das eliminiert erstens unerwünschte Konkurrenz und ermöglicht zweitens dem Aktionariat weiterhin satte Dividenden. Der Dienst an der Bevölkerung rückt weit in den Hintergrund.

*Public-Eye-Faktenblatt: **Big Pharma: Profit um jeden Preis.** Die 10 Strategien für systematische Gewinnoptimierung. Download auf www.publiceye.ch. Der dazugehörige Report «Big Pharma takes it all» ist in Englisch abgefasst und ebenfalls im Download erhältlich.



Die Briefträgerin & das Siegchen

Kürzlich kam eine Kollegin aus der Hauptkasse im Stollen angetanzt und rief den Namen der Briefträgerin aus. Diese meldete sich und fragte halb im Scherz: «Was habe ich wie-



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

der falsch gemacht?» – «Ich habe ein Mail erhalten. Du hast am Samstag eine Nachnahme einfach deponiert. Dabei stellt ihr ja am Samstag gar keine Nachnahmen zu, und sowieso werden die nicht deponiert!» Aufgrund dieser Fehlleistung würden nun rund zwanzig Franken in der Kasse fehlen.

NACHNAHME. Wenn der Ton autoritär wird, vergeht der Briefträgerin das Spassen. Sie protestierte verärgert: «Sicher habe ich am Samstag keine Nachnahme mitgenommen, geschweige denn einfach deponiert! Der Scanner würde das sowieso nicht erlauben!» – «Die Scan-Daten beweisen es!» beharrte die Kollegin aus der Hauptkasse. Und wenn ihre Abrechnung nicht stimme, müsse sie den Fehlbetrag auch aus dem eigenen Sack begleichen.

Die Briefträgerin blätterte das Geld hin und verliess zornig den Laden. Vor Ärger überquerte sie die Strasse neben dem Zebrastreifen und wurde prompt von einem Polizisten angehalten, der sie mahnte, ein Vorbild für die Kinder zu sein ...

GERECHTIGKEIT. Zwanzig Franken wären zu verschmerzen, aber das nächste Mal könnten's fünfzig sein und so weiter und so fort. Und vor allem geht es um Gerechtigkeit! In diesem

Wird der Ton autoritär, vergeht der Briefträgerin das Spassen.

Sinn verfasste sie am gleichen Abend ein Mail an ihren Teamchef. Eine andere, flotte Kollegin aus der Hauptkasse ging der Sache am nächsten Tag auf den Grund. Sie fand heraus: Der Fehler geschah anderswo, ob durch Mensch oder Maschine verursacht, wurde nicht ganz klar. Der Teamchef gelobte, ihr die zwanzig Franken «würdig» zurückzuerstatten, und an der Leitungssitzung wurde beschlossen, dass solche Geschichten in Zukunft immer genau aufgeklärt werden müssten. Denn: «Derartige Fehler passieren – wenn auch nicht oft.» Die Briefträgerin war fröhlich wegen des kleinen Siegs. Und sie will ihn der flotten Kollegin mit einem Geschenk verdanken!

work1xl der wirtschaft

Hans Baumann

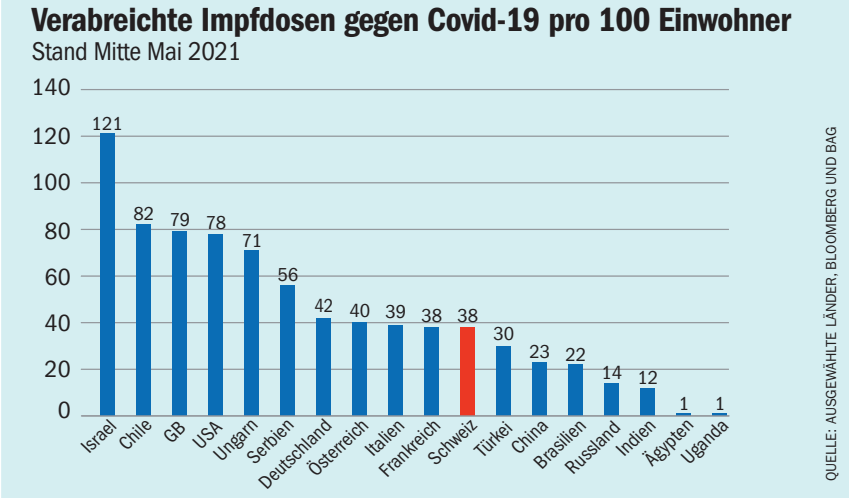


WER BEKOMMT DIE IMPFUNGEN?

Die Impfstoffe gegen das Coronavirus sind ungleich verteilt. Zudem haben einzelne Länder mehr organisatorische Schwierigkeiten als andere bei der Durchimpfung der Bevölkerung. Das beklagen wir auch innerhalb der Schweiz, wo einzelne Kantone schneller vorwärtskommen als andere. In dieser Zeitung (work Nr. 8) wurde aufgezeigt, dass auch die soziale Lage eine grosse Rolle spielt. Weniger privilegierte Menschen sind nicht nur eher von Ansteckungen betroffen, weil sie zum Beispiel nicht im Homeoffice arbeiten können. Sie haben oft auch mehr Schwierigkeiten, zu den Impfungen zu kommen, weil sie während der Arbeitszeit nicht wegbekommen, keinen Zugang zu den Online-Anmeldeportalen haben oder das Verfahren sie sprachlich überfordert.

KRASSE UNTERSCHIEDE. Global gesehen, sind diese Ungleichheiten noch viel krasser. Die Grafik zeigt, wie unterschiedlich der Stand der Impfungen ist. Die Schweiz befindet sich etwa in der gleichen Situation wie die umliegenden Länder, die pro 100 Ein-

wohner bis Mitte Mai 40 Impfdosen verabreichen konnten. In der Schweiz wurden damit bisher 12,5 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner vollständig geimpft, 12,5 Prozent haben erst eine Dosis erhalten. Einige wenige Länder sind bedeutend weiter: Grossbritannien und die USA konnten bisher rund doppelt so viele Impfungen verabreichen, «Impfweltmeister» war und ist Israel. Die Impfstrategie dieser Länder basiert auf einem sehr raschen Ankauf von genügend Impfstoff. Klar, dass dies nur auf Kosten anderer Länder möglich ist, solange die Impfproduktion den weltweiten Bedarf noch nicht decken kann. In den USA und Grossbritannien wird die nationale Impfstrategie durch die Tatsache begünstigt, dass dort wichtige Pharmakonzerne ihren Hauptsitz haben. Zwischen der EU und Grossbritannien kam es deshalb auch zum Streit: So wurden vom europäischen Festland vom letzten Dezember bis April dieses Jahres 21 Millionen Impfdosen nach England exportiert, während in umgekehrter Richtung praktisch nichts kam.



KATASTROPHE. In einer kritischen Lage sind jene Länder, die weniger wirtschaftliche Ressourcen haben und/oder deren politische Machtverhältnisse eine rasche Durchimpfung verunmöglichen. So zum Beispiel in Indien, wo sich die Pandemie inzwischen zu einer Katastrophe entwickelt hat. Verständlich, dass Indien dadurch einen grossen Teil der Eigenproduktion an Impfstoffen nicht wie vorgesehen exportieren kann, sondern selbst

benötigt. Hoffnungslos im Rückstand sind die afrikanischen Staaten wie Ägypten und Uganda. Zwar sollen bis Ende Jahr auf diesem Kontinent wenigstens 20 Prozent der Bevölkerung geimpft sein, aber bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Eine gerechtere Verteilung der Impfstoffe wäre also dringend nötig. Jetzt ist die internationale Gemeinschaft gefordert.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.



DPD KORRIGIERT – EIN BISSCHEN
MINI-SCHRITTE

Erfreuliche Nachrichten aus den DPD-Depots in Möhlin AG und Buchs ZH: Dort können neu immer mehr Fahrer ihre Arbeitszeit erfassen, wie es das Gesetz vorschreibt. In Möhlin können die Fahrer zudem etwas später anfangen: «erst» zwischen 6 und 7 Uhr morgens statt wie vorher um 5.

NUR PUNKTUELL. Der Druck der Öffentlichkeit beginnt also zu wirken. In den anderen zehn Depots hat die Unia aber noch keinerlei Verbesserungen festgestellt. Das kritisiert Unia-Mann Roman Künzler: «Mit so punktuellen Veränderungen wird es die DPD nie schaffen, schon nur die Gesetze überall einzuhalten.» Eine tragfähige Lösung gebe es nur durch Verhandlungen mit den Fahrerinnen und Fahrern. (che)

Hat die Postaufsicht Päckli-Gigantin gemassregelt? Alles deutet darauf hin.
Der Druck auf DPD steigt



SKANDAL: Die Mitarbeitenden der DPD-Subunternehmen haben überlange Arbeitstage, miese Löhne und gefährlich überladene Fahrzeuge. FOTO: SHUTTERSTOCK

Haarsträubende Zustände beim Päckliendienst DPD: Jetzt reagiert auch die Postaufsicht Postcom.

CHRISTIAN EGG
Überlange Arbeitstage, miese Löhne und gefährlich überladene Fahrzeuge: Das deckte die Unia im Februar dieses Jahres beim Päckliendienst DPD auf (rebrand.ly/dpd-report). Der 35seitige Report zeigt auch

auf, wie die Nummer 2 im Schweizer Postmarkt ihre Fahrerinnen und Fahrer nicht direkt anstellt, sondern alle via Subunternehmen. Auf diese schiebt die DPD denn auch die ganze Verantwortung ab. Dieses System ruft jetzt die Postaufsicht Postcom auf den Plan. Sie stellt im Postmarkt einen «verstärkten Trend zum Auslagern an Subunternehmen» fest. Und will

hier im laufenden Jahr ihre Kontrollen verschärfen. Denn es bestehe die Gefahr von schlechten Arbeitsbedingungen, so die Kontrollbehörde.

FRIST BIS SEPTEMBER
Die Postcom hat sogar bereits interveniert, wie sie weiter bekanntgibt. Sie habe bei «einer Anbieterin» Unregelmässigkeiten in den Subunternehmerverträgen festgestellt. Die fehl-

bare Firma muss bis September die Verträge neu abschliessen. Handelt es sich dabei um die DPD?

Die Postcom nennt keine Namen. Doch für Roman Künzler von der Unia deutet viel darauf hin: «Denn wir haben die Postcom ausführlich dokumentiert und sie aufgefordert, bei DPD genau hinzu-

Auch Ikea kündigt Kontrollen bei DPD und ihren Subunternehmen an.

schauen.» In der Tat schreibt die Aufsichtsbehörde, sie habe «Informationen erhalten, die auf Verstösse in diesem Bereich hinweisen».

Vor diesem Hintergrund erscheint eine Aussage, die der Schweiz-Chef von DPD, Tilman Schultze, am 9. Mai in der «NZZ am Sonntag» gemacht hat, wenig glaubwürdig. Schultze behauptete, eine Kontrolle durch die Postcom habe «keine groben Verletzungen festgestellt». Die Postcom sprach die erwähnte Massnahme aber bereits am 6. Mai aus.

Lügt Schultze also? Von work darauf angesprochen, meint eine Firmensprecherin nur: «DPD unterstützt die verstärkten Kontrollen der Post-

com und steht mit ihr in regelmässigem Austausch.» Ein Dementi ist das nicht.

DRUCK STEIGT
Die verstärkten Kontrollen der Postaufsicht freuen SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard. Hat er sie doch gefordert und im März im Nationalrat eine Interpellation dazu gemacht (work berichtete). Maillard sagt: «Die gewerkschaftliche Arbeit hat also etwas bewegt.» Aber am Ziel sei man noch lange nicht – «erst, wenn sich die Arbeitsbedingungen wirklich verbessert haben».

Immerhin: Der Druck auf die DPD steigt. Auch jener ihrer Kundinnen und Kunden. So will die Nosag in Dintikon AG, die Haltegriffe und Hocker für Duschen produziert, ihre Ware nicht länger mit der DPD verschicken. Chef Armin Zeder teilte work mit, er sei «geschockt» über die Zustände bei DPD (work berichtete: rebrand.ly/nosag).

Und auch die Möbelgigantin Ikea reagiert. Sie stellt in Aussicht, bei DPD und ihren Subunternehmen «Kontrollen vorzunehmen, um uns selber ein Bild von den Arbeitsbedingungen zu machen». Kein Wunder, muss die DPD da und dort jetzt auch korrigieren (siehe Spalte links).

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Pestizide adieu! Eine vernünftige Initiative und ein Unkraut-Roboter namens Dick bringen uns weiter

Zu viel Pestizide, zu viel Gülle: unser Trinkwasser ist belastet. Das will die Trinkwasserinitiative ändern. Zu Recht! Und das könnte auch bald schon ein sensationeller Unkraut-Roboter tun. Mit Stromschlägen macht er unerwünschten Schädlingspflanzen den Garaus.

Die Trinkwasserinitiative ist mehr als vernünftig:
Vernunft 1: Die Bäuerinnen und Bauern entscheiden selber, ob sie weiterhin Pestizide verwenden wollen. Wer weiterhin Pestizide einsetzt, bekommt keine Subventionen mehr. Für den Weinbau ändert sich somit wenig bis nichts. Leider.
Vernunft 2: Die Bauernbetriebe erhalten 8 Jahre Zeit, um sich an diese Veränderungen anzupassen. In dieser Zeit wird sich unheimlich viel verändern.
Vernunft 3: Die Trinkwasserinitiative verbietet keine gentechnisch veränderten Pflanzen. Hier sind – wie bei den Impfstoffen – grosse Durchbrüche zu erwarten. Ist das gut oder schlecht? Die Meinungen sind geteilt. Die mehrheitlich mit Gentech-Impfstoffen immunisierten Konsumentinnen und Konsumenten werden das entscheiden.
Vernunft 4: Die Preise für Lebensmittel werden sinken, weil absehbar weniger Soya aus der EU und aus Brasilien importiert wird. Um dieses zu übersetzten Kosten zu verfüttern. Stattdessen wird billiges ausländisches Biofleisch den Markt überschwemmen. Aldi und Lidl kennen die Preise.

Vernunft 5: Die Initiative verbietet kein Laborfleisch. Dieses soll selbst im EU-Raum nächstens konkurrenzfähig sein. Will heissen: Das Fleisch wird umweltfreundlicher und billiger.
Vernunft 6: Die Initiative ist nicht direkt anwendbar. Das heisst, das Parlament wird alles noch etwas verwässern.

Alles äusserst vernünftig, eher fast zu vernünftig. Deshalb können wir am 13. Juni getrost Ja zur Trinkwasserinitiative sagen. In der Arena von SRF sah der zuständige Bundesrat und Ex-Weinbauer Guy Parmelin steinalt aus, als er gegen die Initiative antrat. Und erst recht sein Ritter von der traurigen Gestalt, der St. Galler Bauernpräsident, Trickser und ewige Neinsager Markus Ritter. Da machten es Mitinitiantin Franziska Herren und GLP-Nationalrätin Tiana Angelina Moser besser.

A PROPOS PESTIZIDE. Ein sensationelles Produkt im Kampf gegen Pestizide und für hohe Erträge hat vielleicht die englische Firma Small Robot Company in der Pipeline.
Der Kurzbescrieb: «Der Roboter Tom analysiert landwirtschaftlich genutzte Flächen auf Unkraut. Die



SCHLAUES KERLCHEN: Roboter Tom untersucht Landwirtschaftsflächen auf Unkraut. Sein werdender Bruder Dick soll den unerwünschten Pflanzen dann mit Strom statt Gift den Garaus machen. FOTO: PD

sprichwörtliche Drecksarbeit übernimmt dann der noch im Prototypenstadium befindliche Roboter Dick. Mit Stromschlägen macht er den unerwünschten Schädlingspflanzen den Garaus. Was sich martialisch anhört, hat einen tieferen ökologischen Sinn, denn die Unkrautbekämpfung per Roboter erfolgt ohne jegliche Chemie und damit umweltfreundlicher.»
Roboter arbeiten Tag und Nacht. Wie jene Bergbäuerinnen und Bergbauern, die mit dem Wasserbeil Tag und Nacht das Wasser der historischen Bewässerungskanäle im Wallis, der Suonen, auf ihre Wiesen leiteten, damit

diese nicht austrockneten. Heute haben vollautomatische Spritzer ihre Arbeit übernommen.
Unser Roboter Dick soll pro 8-Stunden-Schicht 20 Hektaren schaffen. Das heisst, er schafft pro Tag 60 Hektaren und pro Monat 1800 Hektaren.
600 kleine, feine Dickerchen würden genügen, um acht Mal pro Jahr die gesamte landwirtschaftliche Fläche der Schweiz ohne Pestizide umweltfreundlich zu jäten.
Wie immer wird im ersten Anlauf nicht alles funktionieren. Aber irgendwann in den nächsten acht Jahren dürfte es klappen.

LINKS ZUM THEMA:

● www.rebrand.ly/becaud Millionen Menschen haben sich auf Youtube den Song «Nathalie» von Gilbert Bécaud heruntergeladen, obwohl der Sänger längst tot ist. Unser Gilbert war der Mister 100 000 Volt seiner Zeit. Um das Unkraut zu vernichten,



arbeitet Dick nur mit 8000 Volt. Ab und zu ist weniger mehr.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

Der Bundesrat schlägt Corona-Öffnungen vor Vorwärts mit forscher Vorsicht

Die Ansteckungszahlen sind besser als auch schon. Und die Impfkampagne läuft immer runder. Jetzt will der Bundesrat weiter öffnen. Doch was macht das Virus?

CLEMENS STUDER
Über weitere Öffnungsschritte will der Bundesrat definitiv am 26. Mai entscheiden. Er schlägt unter anderem vor:
● **Restaurants:** Sie sollen auch im Innern wieder öffnen können. Maximal vier Personen pro Tisch sind erlaubt.
● **Homeoffice:** Für Betriebe, die ihre Belegschaft mindestens wöchentlich testen, wird die Homeoffice-Pflicht wieder in eine Homeoffice-Empfehlung umgewandelt. Grundsätzlich bleibt Homeoffice aber weiterhin empfohlen, wo immer es möglich ist.
● **Events:** Bei öffentlichen Veranstaltungen sollen drinnen 100 anstatt 50 Personen erlaubt sein, draussen 300 statt 100 Personen. Das gilt auch für Publikum bei Amateursport. Neu dürfen 30 statt 15 Personen zusammen Sport treiben.

● **Kultur:** Analog dazu wird auch in der Kultur die maximale Gruppengrösse auf 30 Personen erhöht. Bei Auftritten und Proben beträgt die Grenze 50 Personen – drinnen wie draussen. Im Freien sind Chorkonzerte wieder zugelassen.
● **Sport:** Für Mannschafts-Sportarten nationaler und regionaler Ligen soll eine Gruppengrösse von 50 statt 30 Personen gelten. Wettkämpfe in diesen Sportarten sind nur draussen erlaubt.
● **Quarantäne:** Neben Genesenen sollen auch Geimpfte von der Kontakt- wie auch von der Reisequarantäne ausgenommen werden.

VON 2020 GELERNT
Mit diesen Öffnungsschritten würde die Schweiz einmal im wesentlichen weitergehen als die Nachbarländer. Aber im Unterschied zum vergangenen Sommer lässt der Bundesrat genug Zeit zwischen den Öffnungsschritten. Das ist wichtig, um zu beurteilen, wie sich die beschlossenen Pandemie-Bekämpfungsmassnahmen auf die Entwicklung der Ansteckungen auswirken. Im vergangenen Jahr liess sich die Landesregierung noch unter massivem Druck



SOMMER, SONNE, CORONAFREI: Wenn die Ansteckungszahlen sinken und die Impffzahlen steigen, könnte aus dem Sommer 2021 doch noch was werden. FOTO: KEYSTONE

von Gewerbeverbänden, rechten Parteien und der Kantone zu einer Hau-rücköffnung hinreissen.
Die Folgen sind bekannt: die Schweiz lief voll in den Hammer einer zweiten Coronawelle. Nicht zuletzt, weil die meisten Kantone wenig bis nichts im Griff hatten. Unterdes-sen läuft immerhin die Impfkampagne gut bis sehr gut. Aber in Zürich, dem bevölkerungsreichsten Kanton, knirscht es noch heftig im Getriebe. Was vielleicht auch damit zusammenhängt, dass der Kanton seine Coronapolitik einer Truppe anvertraut hat, die bis auf eine medizinische Fachperson aus Vertreterinnen und Vertretern der «Sicherheitskräfte» besteht – und anstelle der Gesundheits-direktorin der Polizeidirektor die An-sagen macht.

AM FALSCHEN ORT
Viele Lohnabhängige und KMU lei-den unter den Kosten der Massnah-men zur Zähmung der Covid-Pandemie. Hunderttausende müssen seit Monaten mit 20 Prozent weniger Lohn durchkommen. Weil sich die rechte Mehrheit im Parlament hart-näckig weigert, Löhne bis 5000 Fran-ken zu 100 Prozent zu entschädigen.

Einzig für die tiefsten Löhne erhöh-en sie nach monatelangem Druck der Gewerkschaften die Entschädi-gung. Auch für die Selbständigen und zum Beispiel die Kulturschaffenden gibt es nur halbwegs befriedi-gende Lösungen. Und die Auszahlung der sogenannten Härtefallgelder wird in vielen Kantonen verzögert.

Das gefällt SVP-Finanzminister Ueli Maurer. Dieser jammert näm-lich immer dar-über, dass ihm «jeder Rappen» weh tue, der in die mildern-den Massnah-men für Pande-mie-Betroffene fliesse. Wobei das stimmt nicht ganz: die Milliarden für ein als KMU-Hilfe getarntes Banken- und Versicherungsrettungspaket machte er in Rekordzeit klar. Denn mit den vom Bund garantierten Kre-diten bedienten die Firmen in erster Line Bankkredite, Versicherungen und Mieten. Für die Löhne der Mitar-beitenden kam die Allgemeinheit auf. Und auch Millionen für die Flug-gesellschaft Swiss machten ihm keine Bauchschmerzen. Die Luft-hansa-Tochter bezahlte damit zuerst

mal die Boni für die obersten Mana-ger – und kündete dann einen Re-kordstellenabbau an. Dabei ist genug Geld da: zum Beispiel bei der Natio-nalbank. Und bei den superreichen Corona-Gewinnlerinnen und -Gewinnlern, die in der Krise noch rei-cher geworden sind.

WIE WEITER?
Wenn sich die Impffzahlen und die Zahl der Ansteckungen weiter so po-sitiv entwickeln wie in den vergange-nen Wochen, besteht die Hoffnung auf einen entspannten Sommer. Doch die Lage bleibt fragil. Wie schnell es drehen kann, haben wir im vergangenen Herbst gesehen. Und ak-tuell hilft ein Blick nach Grossbritan-nien. Dort wütet neuerdings die so-genannte indische Variante. Der Mu-tant B.1.617.2 setzt sich zunehmend durch. Er ist wesentlich ansteckender und offenbar in gewissen Konstella-tionen auch für bereits Geimpfte ge-fährlich. Noch sind die Wissenschaf-terinnen und Wissenschaftler am Abklären. Jedenfalls hat Premier Boris Johnson schon mal angetönt, dass es beim Fortschreiten dieser Ent-wicklung mit den weiteren geplan-ten Öffnungsschritten nichts werde.

Konkurs der St. Galler Skandalfabrik Indosa
Warten auf 100 000 Lohnfranken
Seit 7 Monaten warten die Ex-Mitarbeitenden der Maschinenfabrik Indosa auf ihre Löhne. Die Firma steckt jetzt im Konkurs-verfahren. Doch der Patron bleibt uneinsichtig.

JONAS KOMPOSCH
Mobbing, Misswirtschaft, mie-se Maschen – die Zeichen des Niedergangs der Maschinenfabrik Indosa AG in Au SG waren überdeutlich. Im Dezember 2020 hatte sich die Firmenkrise zugespitzt: Damals stellte die ganze Belegschaft ihre Arbeit ein. Denn die Personalverant-wortliche M., die letzte Gefähr-tin des Firmeninhabers Werner Grabher (79), hatte bei den Löh-

Mobbing und Misswirtschaft trieben Indosa in den Ruin.

nen zuerst getrickt und sie dann gar nicht mehr gezahlt (work berichtete: rebrand.ly/frau-m). Bis heute warten die 15 Geprellten auf ihr Geld. Ebenso diverse Lieferanten und andere Gläubiger.
Nun hat das Kreisgericht Rheintal am 10. Mai ein Kon-



GEIZ-ENTE: Das Whatsapp-Profil des Indosa-Firmenchefs zeigt Dagobert Duck bei seinem Sprung ins Geldbad. FOTO: ZVG

kursverfahren über Indosa er-öffnet. Noch sei der Bankrott zwar nicht rechtskräftig, wie das Konkursamt Buchs betont. Firmeninhaber Grabher blie-ben aber nur noch wenige Tage, um den Richterspruch anzu-ferchten.

RESPEKTLOS. Ob Grabher dies tun wird, bleibt aber vorerst sein Geheimnis. Denn er macht sich rar. Das Firmentelefon ist unbedient – angeblich «auf-grund der internationalen Corona-Situation», wie eine Stimme ab Band behauptet. Auch die Indosa-Homepage ist ausser Betrieb. Und als work den Patron schliesslich auf dem Handy erreicht, hängt dieser gleich wieder auf.

Unia-Sekretär Lukas Auer erstaunt dies nicht. Er kämpft seit bald einem Jahr für die Rechte der Indosa-Mitarbeitenden und sagt: «Herr Grabher fehlt es massiv an Anstand und Respekt!» In der ganzen Krise habe er nie den Mumm gehabt, vor die Belegschaft hinzuste-hen und sich zu erklären. Viel-mehr habe er den Mitarbeitenden die Schuld für sein eigenes Versagen zugeschoben.

Mit der Ex-Belegschaft be-reitet Auer nun die Anträge auf Insolvenzenschädigung vor. Insgesamt auf über 100 000 Lohnfranken belaufen sich de-ren Forderungen. Für Grabher ist all das offenbar Pipifax. Zu-mindest erweckt er diesen Ein-druck mit seiner Profilbild-Wahl auf Whatsapp: Dagobert Duck schwimmend im Geld!

Pflegerinnen und Pfleger gehen auf die Strasse: Endlich Taten statt nur Worte!

Ein Jahr Corona – und nichts hat sich geändert. Am 12. Mai forderten Tausende Pflegende endlich bessere Arbeitsbedingungen.

CHRISTIAN EGG
Pandemie-Frühling 2020: Die Leute klatschen von den Balko-nen. Für ein paar Wochen sind die Pflegenden die Heldinnen und Helden der Schweiz.
Frühling 2021: Niemand klatscht mehr. Die Bedingungen in der Pflege haben sich aber nicht gebessert. Im Gegenteil: Die Pandemie verschärft die Pro-bleme, die schon vorher bestan-den. Die Pflegenden sind über-lastet, weil Spitäler und Heime zu wenig Personal einstellen. Die Folge: Viele sehen im Beruf keine Zukunft mehr. Schon 2019

sagten in einer Unia-Umfrage 47 Prozent der Beschäftigten in der Langzeitpflege, sie würden vor-aussichtlich nicht bis zur Pensio-nierung im Beruf bleiben.

MISSTÄNDE. Am 12. Mai, dem Internationalen Tag der Pflege, gingen deshalb überall in der Schweiz Pflegerinnen und Pfl-e-ger auf die Strasse und machten
Viele Pflegende sehen in ihrem Beruf keine Zukunft mehr.

auf die Missstände in ihrem Be-ruuf aufmerksam. Einmal mehr. In Basel, Luzern, Schaffhausen und Zürich zogen sie mit einem «walk of care» durch die Stadt. In etwa zehn anderen Städten machten sie Kundgebungen, Protestaktionen und Infostände.

Meist in einem Bündnis aus den Gewerkschaften Unia, VPOD und Syna, dem Pflegeverband SBK und dem Verein Pflege-durchbruch. Immer wieder ma-chen sie auf schwierige Situa-tion für Mitarbeitende in Spitä-lern, in Heimen und bei der Spitex aufmerksam.
Und überall forderten sie dasselbe: einen besseren Ge-sundheitsschutz, mehr Stellen und mehr Lohn sowie eine soli-darische, faire Pflegefinanzierung. Forderungen, die seit Jahren mehr oder weniger unge-hört verhallen. Véronique Polito von der Unia-Geschäftsleitung sagt dazu: «Die Politik hat es im-mer wieder verpasst, konkrete Massnahmen zur Verbesserung der Bedingungen in der Pflege zu beschliessen. Das ist schlichtweg ein Skandal.»



WUT UND FRUST: Pflegende fordern in Basel und Zürich mehr Lohn und weniger Stress. FOTOS: ZVG, KEY



Das offene Ohr

Regula Dick
 von der Unia-Rechtsabteilung
 beantwortet Fragen
 aus der Arbeitswelt.

Pensionskasse: Trotz Entlassung weiter versichert?

Ich bin 62 Jahre alt. Nun wurde mir gekündigt. Natürlich mache ich mir nun grosse Sorgen um meine Altersvorsorge. Mein Plan war seit langem, eine Rente der Pensionskasse zu beziehen, da ich mir ohne grosses Finanzwissen nicht zutraue, mein Alterskapital genügend gewinnbringend anzulegen. Bis jetzt dachte ich immer, ich müsste mein Kapital bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses aus der Pensionskasse herausnehmen und auf einem Freizügigkeitskonto anlegen, bis ich wieder eine neue Stelle gefunden habe und in einer neuen Pensionskasse versichert bin. Ein Kollege hat mir jetzt jedoch gesagt, ich könne mich bei meiner alten Pensionskasse weiterversichern und später auch eine Rente von dieser beziehen. Stimmt das?

REGULA DICK: Ja. Personen, die das 58. Altersjahr erreicht haben und denen vom Arbeitgeber gekündigt wurde, haben das Recht, sich bei ihrer Pensionskasse weiter zu versichern. Dies gilt seit dem 1. Januar 2021. Es ist möglich, sich nur noch für die Risiken Invalidität und Tod zu versichern oder weiterhin auch für das Alter zu sparen. Da Sie nicht mehr in einem Arbeitsverhältnis stehen, müssen Sie die Beiträge an die Pensionskasse jedoch selber zahlen. Sie erhalten zum Zeitpunkt der Pensionierung wie geplant eine Rente der Pensionskasse. Gut zu wissen: diese Versicherung können Sie jederzeit kündigen. Wenn die Weiterführung der Versicherung mehr als zwei Jahre dauert, hat dies einige Einschränkungen zur Folge: Versicherungsleistungen müssen später in Rentenform bezogen werden – ausser das Pensionskassenreglement sieht den Bezug in Kapitalform vor. Und die Austrittsleistung kann nicht mehr für Wohneigentum zum eigenen Bedarf vorbezogen oder verpfändet werden. Lassen Sie sich unbedingt sofort von Ihrer Pensionskasse über die Bedingungen der Weiterversicherung informieren.

AHV: Wie komme ich zu Betreuungsgutschriften?

Ich bin 58 Jahre alt und wohne mit meinem Ehemann in einer grossen Altbauwohnung in Bern. Meine 86 Jahre alte Mutter ist zu uns gezogen, da sie um keinen Preis ins Altersheim will. Sie sieht immer schlechter, und auch beim Gehen hat sie Probleme. Sie braucht immer mehr Hilfe von mir. Ich würde ihr dies gerne ermöglichen, müsste dafür aber mein Arbeitspensum reduzieren. Eine Freundin hat mir gesagt, dass mir für meine Unterstützung Lohn bei der AHV angerechnet werde. Stimmt das?

REGULA DICK: Jein. Lohn erhalten Sie nicht, aber Ihre Freundin meint sicher die Betreuungsgutschriften. Wer während mindestens 180 Tagen im Jahr pflegebedürftige Verwandte betreut, die eine Hilflosenentschädigung beziehen, hat Anspruch auf eine jährliche Gutschrift auf das Ausgleichskassenkonto. Seit dem 1. Januar 2021 reicht eine Hilflosenentschädigung leichten Grades. Mit Verwandten sind Ehegatten, Kinder, Eltern, Geschwister, Grosseltern, Urgrosseltern, Enkel, Schwiegereltern, Stiefkinder oder Lebenspartner gemeint. Andere Verwandte dürfen nicht weiter als 30 Kilometer entfernt wohnen oder müssen innert 1 Stunde erreichbar sein. Die jährliche Betreuungsgutschrift beträgt die dreifache jährliche minimale Altersrente zum Zeitpunkt, wenn Ihr Rentenanspruch entsteht. Falls Ihre Mutter noch keine Hilflosenentschädigung erhält, lassen Sie den Anspruch durch die IV-Stelle prüfen. Die Betreuungsgutschriften müssen Sie jährlich bei der kantonalen Ausgleichskasse Ihres Wohnsitzkantons beantragen. Es lohnt sich, dies zu tun, da diese bei der Berechnung der zukünftigen AHV-Rentenhöhe berücksichtigt werden.

16 workservice 21. Mai 2021

Krank, was nun? Alles über Beweispflicht, Lohn und Sperrfristen

«Frau Doktor, ich brauch ein

Ein schwerer Schnupfen, eine Grippe, eine Lungenentzündung? Unmöglich, in diesem Zustand zu arbeiten. work sagt Ihnen, wann Sie ein Arztzeugnis vorlegen müssen, wie viel Lohn Sie erhalten und wann die Firma kündigen darf.

MARTIN JAKOB

Grundsätzlich tragen Sie die Beweislast dafür, dass Sie krankheitshalber nicht zur Arbeit erscheinen können. Und das vom ersten Tag an. Die meisten Firmen legen aber im Arbeitsvertrag fest, dass erst ab dem dritten oder sogar fünften Tag ein Arztzeugnis nötig ist. Bei Absenzen, die kürzer sind als diese Frist, gilt in diesem Fall die umgekehrte Beweislast: Misstraut die Firma Ihrer Aussage, muss sie den Nachweis erbringen, dass Sie arbeitsfähig gewesen wären.

Das Arztzeugnis muss über den Beginn, den Grad und die voraussichtliche Dauer der Arbeitsunfähigkeit informieren und unterscheiden, ob es sich um eine Krankheit oder einen Unfall handelt. Die Diagnose hat im Zeugnis

Die Diagnose hat im Arztzeugnis nichts verloren.

jedoch nichts verloren. Sie fällt unter das Arztgeheimnis, und die Firma darf nur mit Ihrem Einverständnis informiert werden.

Knifflig kann die Sache werden, wenn Sie nicht zu 100 Prozent krank geschrieben werden. Was bedeutet die teilweise Arbeitsunfähigkeit genau? Steht nicht ausdrücklich etwas anderes im Zeugnis, bedeutet eine 50prozentige Arbeitsunfähigkeit, dass Sie 50 Prozent eines Vollzeitpensums leisten können – arbeiten Sie also 80 Prozent, sind Sie nur für 30 Prozent Ihrer normalen Arbeitszeit krank geschrieben. Fragen Sie die Ärztin deshalb nach einer Präzisierung. Es kann auch sein, dass im Zeugnis steht, Sie dürften Ihre normale Arbeit nicht verrichten, könnten aber für eine andere, leichtere Tätigkeit eingesetzt werden. Dann ist es Sache der Firma, für Sie eine Einsatzmöglichkeit zu finden. Ist sie dazu nicht in der Lage, sind Sie nicht arbeitspflichtig.

Das Arztzeugnis ist eine Urkunde im strafrechtlichen Sinn. Stellt der Arzt ein Gefälligkeitszeugnis aus, kann das für ihn heikel werden. Vor allem, wenn die Firma das Zeugnis anzweifelt und Sie zu einer vertrauensärztlichen Untersuchung schickt. Dazu hat sie nämlich das Recht – allerdings auf ihre eigenen Kosten. Das Zeugnis darf aber nur eine Beurteilung der Arbeitsfähigkeit enthalten, denn auch Vertrauensärzte sind an die ärztliche Schweigepflicht gebunden.

LOHNFORTZAHLUNG

Das Gesetz verlangt von der Firma, dass sie eine beschränkte Zeit lang den vollen Lohn weiterhin bezahlt. Also den Lohn mit allen üblichen Zulagen. Das gilt, ob Sie Vollzeit, Teilzeit oder im Stundenlohn angestellt sind. Aus der Gerichtspraxis sind Richtlinien entstanden, die als Minimum gelten. Zwar wenden die Gerichte je nach Kanton eine von drei unterschiedlichen Skalen an (Basler, Berner und Zürcher Skala). Aber alle drei Skalen beginnen bei 3 Wochen Lohnfortzahlung im ersten Dienstjahr und sehen eine parallel zum Dienstalter länger werdende Dauer vor. Mit 20 Dienstjahren haben Sie Ihren Lohn im Krankheitsfall rund ein halbes Jahr lang zugute.

Der häufigere Fall ist aber, dass Ihre Firma individuell oder im Rahmen eines Gesamtarbeitsvertrags eine Krankentaggeldversicherung abgeschlossen hat, die den Lohnausfall während maximal zweier Jahre deckt. Die Firma darf höchstens die Hälfte der Versicherungsprämie vom Lohn abziehen, und der versicherte Lohn muss mindestens 80 Prozent des vertraglich vereinbarten Lohns betragen. Je nach Firma und Versicherungsbedingungen kann diese 80-Prozent-Regel bereits ab dem ersten Tag gelten. Unter Umständen sind Sie also bei kurzer Krankheit mit der Taggeldversicherung



WENN DER KOPF BRUMMT: bleiben Sie besser im Bett. Den Lohn erhalten Sie trotzdem, ob Sie Vollzeit, Teilzeit oder im Stundenlohn angestellt sind. FOTO: GETTY

WORKTIPP

ARBEITSLOS UND KRANK

Wenn Sie Arbeitslosenentschädigung beziehen und krank werden, müssen Sie dies dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) melden und ein Arztzeugnis an Ihre Arbeitslosenkasse senden. Wenn Sie krank sind, bezahlt die Arbeitslosenversicherung das Taggeld ab dem ersten Krankheits-tag während längstens 30 Tagen. Für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit werden maximal 44 Krankheitstage bezahlt.

schlechtergestellt als jemand, dessen Firma keine Taggeldversicherung abgeschlossen hat und deshalb für kurze Zeit den vollen Lohn bezieht. Dafür sind Sie im Fall einer längeren Erkrankung

massiv besser abgesichert. Hat die Firma für die Mitarbeitenden eine Taggeldversicherung abgeschlossen, darf sie einen bis maximal drei «Karenztage» verfügen. Das bedeutet, dass sie für den ersten bis maximal dritten Tag der Erkrankung keinen Lohn schuldet. Schauen Sie in Ihrem Arbeitsvertrag oder/und im Gesamtarbeitsvertrag nach, was für Sie aktuell gilt, und informieren Sie sich auch in den allgemeinen Bedingungen (AVB) des Versicherers.

KÜNDIGUNGSSCHUTZ

Eine Firma, die Mitarbeitenden kündigt, weil sie krank sind, handelt unloyal – aber leider nicht unbedingt ungesetzlich. Denn der Kündigungsschutz bei ganzer oder teilweiser Arbeitsunfähigkeit ist

Gesund grillieren mit einem guten Grillvergnügen:

Ob Grillieren für Sie und die Umwelt bekömmlich ist, hängt weniger von der Methode ab als vom Know-how und von dem, was Sie auf den Grill legen.

MARTIN JAKOB

1 Elektrisch mit Ökostrom. Ob Sie mit Holz, Kohle, Gas oder elektrisch grillieren, ist für die Umweltbilanz weniger entscheidend als die Wahl des Grillguts (siehe Regel Nr. 7). Berechnet man nämlich die Gesamtbelastung der verschiedenen Geräte von der Herstellung bis zur Entsorgung, schneiden sie in etwa gleich ab. Allerdings wird direkt beim Grilliervorgang mit Kohle fast dreimal so viel CO₂ freigesetzt wie beim Gasgrill. Beim Elektrogrill fällt am wenigsten CO₂ an – je nachdem,

ob der Strom im Wasser-, Atom-, Gas- oder Kohlekraftwerk erzeugt wurde.

2 Auf Qualität achten. Achten Sie beim Kauf eines Grills auf Langlebigkeit (Rostschutz), sichere Bedienbarkeit und einfache Reinigung. Der teuerste (und am wenigsten nachhaltige) Grill ist der, den Sie jedes Jahr neu kaufen!

3 Wenn Kohle, dann FSC. Wenn Sie mit Kohle feuern: Kaufen Sie nur sauber deklarierte Ware ohne Tropenholzanteile. In einem Test des WWF Schweiz von 2019 erwiesen sich 6 von 13 Kohlesäcken aus dem Angebot von Baumärkten und Grossverteilern als ungenau deklariert und enthielten teilweise nicht zertifizierte Hölzer.



DIE GRILLSAISON IST ERÖFFNET: Wer auf die Umwelt achten möchte, grilliert sich ein Vegi-Spiessli. FOTO: GETTY

Zeugnis!»



zeitlich limitiert. Die Sperrfrist dauert 30 Tage im 1.Dienstjahr, 90 Tage vom 2. bis 5.Dienstjahr und 180 Tage ab dem 6.Dienstjahr. Danach darf die Firma den Arbeitsvertrag

Der Kündigungsschutz bei Krankheit ist zeitlich limitiert.

kündigen – auch wenn die Krankheit fortbesteht. Kommt es zur Arbeitsunfähigkeit, wenn die Firma eine Kündigung bereits ausgesprochen hat, steht die Kündigungsfrist für die Dauer der Arbeitsunfähigkeit still, und das Arbeitsverhältnis verlängert sich entsprechend. Sie selber dürfen allerdings auch im Krankheitsfall jederzeit unter Be-

achtung der vertraglich vereinbarten Frist kündigen.

Erhalten Sie nach Ablauf der Sperrfrist die Kündigung und ist die Krankheit als Begründung angeführt, hält das Bundesgericht dies grundsätzlich für legal. Allerdings mit dem gewichtigen Vorbehalt, die Kündigung sei dann missbräuchlich, wenn die Krankheit auf eine Verletzung der Fürsorgepflicht durch den Arbeitgeber zurückzuführen sei. Das ist der Fall, wenn Ihre Krankheit wegen gesundheitsgefährdender Arbeitsbedingungen erst entstehen konnte. Allerdings liegt die Beweislast dann bei Ihnen. Eine hohe Hürde. Wenden Sie sich an Ihr Unia-Regionalsekretariat, um Ihre Chancen und das weitere Vorgehen abzuklären.

KRANK GESCHRIEBEN

GASSI GEHEN?

«Bleiben Sie zu Hause!» Der Spruch dröhnt uns allen corona-bedingt in den Ohren. Gilt er auch, wenn Sie krank geschrieben sind? Aber wer geht dann mit dem Hund spazieren? Wer kauft ein? Müssen Sie das Wanderweekend absagen? Und die Ferien auch? Wie so oft im Leben lautet die Antwort: Es kommt darauf an.

Regel Nummer 1: Ihr Arztzeugnis bescheinigt Ihnen Arbeitsunfähigkeit. Es sagt aus, dass Sie krankheitsbedingt die Tätigkeit zurzeit nicht ausüben können, für die Sie angestellt sind. Es verbietet Ihnen aber nicht zu leben.

Regel Nummer 2: Gesund werden ist jetzt das Wichtigste. Halten Sie sich an die ärztlichen Empfehlungen. Lautet eine Empfehlung, strikte Bettruhe einzuhalten, sollten Sie das tun und jemand anderen auf den Hundespaziergang oder zum Einkauf schicken. Ansonsten sind die nötigsten Ausser-Haus-Besorgungen statthaft.

Regel Nummer 3: Üben Sie in der Zeit, in der Sie krank geschrieben sind, keine Tätigkeit aus, die Sie auch berufshalber ausüben. Sind Sie als Gärtner für arbeitsunfähig erklärt worden, sollten Sie in der Genesungszeit nicht Ihren Schrebergarten jäten. Sind Sie dagegen IT-Spezialist mit akutem Burn-out, wird Ihre Ärztin Sie zum Wanderausflug wahrscheinlich sogar ermuntern.

Regel Nummer 4: Ferientermine müssen immer von der Firma bewilligt werden, und Arbeitsunfähigkeit ist nicht immer dasselbe wie Ferienunfähigkeit. Häufig aber ist bei einer Krankheit, die arbeitsunfähig macht, auch der Erholungswert der Ferien stark reduziert. Dann sind Sie besser beraten, die Ferien zu verschieben. Wären Sie fähig, möchten aber dennoch lieber erst in die Ferien, wenn Sie ganz gesund sind, brauchen Sie für die Verschiebung jedoch das Einverständnis der Firma. (jk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



ES GEHT AUCH OHNE ADOBE: Mit Gratisprogrammen können Sie bequem in PDF-Dokumente Kommentare einfügen oder Textstellen markieren. FOTO: ADOBE STOCK

So können Sie PDF-Dokumente bearbeiten

PDF-Dateien haben einen Nachteil: Im Gegensatz zu normalen Textdokumenten lassen sie sich nicht einfach bearbeiten, ergänzen oder kürzen. Für Änderungen braucht es ein Spezialprogramm. Das bekannteste ist der Acrobat Pro von Adobe für rund 180 Franken pro Jahr. Es gibt für viele Arbeiten an PDF aber Gratisprogramme. Zum Beispiel «PDF-XChange Editor» (www.saldo.ch/xchange). Es gibt eine kostenpflichtige und eine Gratisversion. Die kostenlose reicht aus. Damit können Sie etwa einen Kommentar zu einem PDF hinzufügen. Wählen Sie dazu unter «Start» den Menüpunkt «Kommentar».

Für viele Arbeiten an PDF gibt es Gratisprogramme.

Ebenfalls unter «Start» finden Sie «Hervorheben». Damit können Sie Textstellen wie mit einem Leuchtstift markieren. Zudem können Sie in vielen PDF-Dokumenten den Text auch umschreiben oder löschen. Wählen Sie dazu unter «Start» den Punkt «Bearbeiten».

MEHRSEITIG. Manche PDF-Dateien haben mehrere Seiten. Mit dem Gratisprogramm «PDF 24» (www.de.pdf24.org) können Sie Seiten hinzufügen, löschen oder die Reihenfolge ändern. Wählen Sie im Programm den Punkt «PDF organisieren». Die Seiten lassen sich danach bequem mit der Maus umstellen oder mit einem Klick löschen. Um Seiten aus einem anderen PDF-Dokument hinzuzufügen, müssen Sie die Software neu öffnen und auf «PDF zusammenführen» klicken. MARC MAIR-NOACK

Umweltgewissen Sieben goldene Regeln

Für eine Tonne Kohle braucht es rund 5 Bäume – die sollten dann wenigstens aus umwelt- und sozialverträglicher Waldnutzung mit FSC-Zertifikat stammen. Achten Sie deshalb aufs Siegel.

4 Richtig anfeuern. Rauch, wie er vor allem beim Entzünden des Feuers entsteht, ist lästig und ungesund. Also das Holz aufschichten: dickste Stücke zuunterst, Anzündmaterial zuoberst. Die Kohle in ein Anzündrohr stecken und den Stapel von oben in Brand setzen und warten, bis sich auf der Kohle eine weisse Glutschicht gebildet hat. Beim Gasgrill zuerst die Gasflamme entzünden, danach den Deckel schliessen, bis die Feuerkammer die gewünschte Temperatur erreicht hat.

5 Schwarz ist ungesund. Ist das Grillgut Rauch ausgesetzt, der beim Verbrennen von herabtropfendem Fett entsteht, oder entwickelt es bei zu hoher Hitze eine schwarze Kruste, wird das zwar von manchen als typischer Grillgeschmack geschätzt. Tatsächlich aber entwickeln sich in diesen Fällen Schadstoffe, die krebserregend sind. Also nicht über der offenen Flamme grillieren und stark fettige Nahrungsmittel nur indirekt oder in einer Schale zubereiten.

6 Vorsicht beim Alu. Aluschalen haben ihre Tücken: Wenn das Grillgut Säure oder Salz enthält, kann es Aluminium aufnehmen, was gesundheitsschädlich sein könnte. Wenn Sie Aluschalen

verwenden, salzen Sie die Lebensmittel erst am Schluss – oder besorgen Sie sich wiederverwendbare Grillschalen aus Edelstahl, Keramik oder mit Emailbeschichtung.

7 Aufs Grillgut kommt's an. Der Technische Überwachungsverein (TÜV) Rheinland (D) hat die Ökobilanz eines Grillabends akribisch vermessen. Ergebnis: Nahezu 95 Prozent der klimaschädlichen Emissionen werden durch das Grillgut verursacht. Generell belasten tierische Produkte die Umwelt über den gesamten Lebensweg deutlich mehr als Gemüse und Früchte. Die grössten Klimasünder sind Rindfleisch und Grillkäse – noch vor Schweine- und Hühnerfleisch (rebrand.ly/grillbilanz).

DIE ALTERNATIVE

VEGI VOM GRILL

Mittlerweile schwärmen viele von den kulinarischen Freuden eines vegetarischen Grillmenüs. Zum Beispiel der Vorarlberger Profikoch Tom Heinze, dessen Rezeptbuch auch notorische Wurstbrater die Fleischslust vergessen lässt.



Tom Heinze: **Vegetarisch grillen – Gemüse rockt!** Verlag Heel, als Buch ca. CHF 35.–, als E-Book ca. CHF 22.–.

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Vaterschaftsurlaub – auch als Lehrling?

Ich bin im dritten Lehrjahr meiner vierjährigen KV-Ausbildung. Nun ist meine Partnerin schwanger. Habe ich Anspruch auf Vaterschaftsurlaub?

«Zuerst mal herzliche Gratulation! Das Recht auf Vaterschaftsurlaub besteht seit Anfang Jahr und gilt unter der Voraussetzung, dass der Vater zum Zeitpunkt der Geburt erwerbstätig ist, in den neun Monaten vor der Geburt obligatorisch AHV-versichert und in dieser Zeit mindestens fünf Monate lang er-



Aude Spang, Jugendsekretärin.

werbstätig war. AHV-Beiträge bezahlt man ab dem 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres. Wenn dein Kind also nach dem 30. September des Jahres, in welchem du 18jährig wirst, geboren wird, hast du Anspruch auf Vaterschaftsurlaub – sofern du in den letzten neun Monaten mindestens fünf Monate im Lehrverhältnis warst. Kommt dein Kind früher auf die Welt, hast du keinen Anspruch. Kläre zudem ab, ob für deine Firma ein Gesamtarbeitsvertrag gilt, dessen Regelung zum Vaterschaftsurlaub über das gesetzliche Minimum hinausgeht.»

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an lehre@unia.ch



**Gewinnen Sie eine
Übernachtung mit Früh-
stücksbuffet für zwei
Personen im See- und
Seminarhotel FloraAlpina
Vitznau LU mit einzig-
artigem Panoramablick
über den Vierwaldstättersee.**

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR.8
Das Lösungswort lautete: ARBEITNEHMER



DEN PREIS, 200 Franken in Reka-Checks, hat gewonnen: Sandra Simoni, Marly FR. Herzlichen Glückwunsch!

überliefert			feste Redewendung	kühler Nordostwind	reizen			Gelierzmittel aus Algen	Zuckererbsen	Abk.: Obligationenrecht	seitlich von		Wintersportgerät		klösterl. Stift	gewöhnlich	Flächenmass	Abk.: Tischtennis
Burg bei Metzerlen (SO)	➡			▼				eheähnliche Gemeinschaft	➡		▼							▼
internat. Presseagentur	➡		Sitzmöbel		sehr schnelles Fahren	➡							Dasein, Existenz		Platz, Stelle	➡		
Aktenbündel	➡	5		▼				entgegen		med. Verband			Ausbildungszeit	➡				Mittelmeer-kiefer
➡					Metallspirale		Textilbetrieb	➡		▼					Rohkost		frz. Übersee-region	▼
rechtwinkliger Behälter			schweiz. Autor † 2013 (Jürg)		weiblich, fraulich	➡	4					9	Bratwurstmasse		Wickelkleid der Inderin	➡		
...abkommen mit der EU	➡						Weiden des Wildes		Unverbrauchtes		Farbmuster auftragen	➡		8				
➡		2		Regierung (abwer-tend)		abwan-deln, variieren	➡								Grosse Sunda-insel		Ausruf	➡
Forma-tierungs-sprache	Struktur, Anord-nung		Schieds-richter (engl.)	➡							Palmen-frucht		Fluss durch Freiburg	➡	7			
schweiz. Maler † 1910 (Albert)	➡					längl. Vertiefung		Zimmer-pflanze, Feigen-baum		Erge-benheit, Hingabe	➡					Fluss durchs Wallis		Über-nach-tungs-stätte
➡			leichter Aufprall (ugs.)		Bericht, Sach-vortrag	➡							1. Per-son Prä-sens von mögen	➡	Haupt-stadt v. Italien			6
jetzt, in diesem Moment		zwei-teilige Bade-anzüge	➡			1				Well-nessein-richtung		Guerri-llero der Ukraine (Nestor)	➡					
gross-wüch-sige Pflanze	➡				Härte-grad v. Bleistift-minen		auf diese Weise, derart		polit. Gemein-wesen	➡						männl. Fürwort		Autokz. Süd-afrika
... auf Mindest-lohn		Basler Fas-nachts-speise	➡							3		Linie zwi-schen Staaten	➡		▼			
➡				sprach-begabte Sing-vögel	➡				Arbeits-losen-kasse (Abk.)	➡			Gelände	➡				

1	2	3	4	5	6	7	8	9
----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------

**Lösungswort einsenden an: work,
Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per
E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 28. Mai 2021**

21. Mai

Heute ist Strike for Future!

Natürlich ist auch die Unia mit Aktionen in den Regionen mit dabei!



www.unia.ch/klimastreik

Hier findet ihr eine Übersicht darüber, was wo läuft.





WORKLESERFOTO

Blumige Sonnengrüsse

WANN 8. April 2021
WO Orpund BE
WAS Blühender Löwenzahn
Eingesandt von Ernst Bolliger, Orpund

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, **gewinnen Sie 100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «**Leserfoto**»

WORKFRAGE VOM 7.5.2021

E-Mail – Top oder Schrott?

EIN ECHTER BRIEF MIT TINTE

: -)) Wenn deine Meldung Beachtung finden soll, greif zur Füllfeder (mit echter Tinte!), schreib einen Brief (von Hand!) und frankiere ihn mit einer historischen Briefmarke (ab 1964 sind alle ungestempelten CH-Marken noch frankaturgültig).

ANDREAS RAPP, BERN

EXTREM UNSICHER

Ich schreibe sonst keine Leserbriefe (bzw. E-Mails, die Ironie ist mir bewusst – ich komme am Schluss darauf zurück), aber hier hat work wirklich einen wunden Punkt getroffen. E-Mails haben bei mir bereits mehrmals Wutanfälle variablen Ausmasses ausgelöst, und ich bin der Meinung, dass das E-Mail-Protokoll nach 50 Jahren geleisteter Arbeit endlich in Rente gehen sollte. Dein kurzer Rant war nämlich nur die Spitze des Eisbergs: E-Mails sind extrem unsicher, vergleichbar mit einer Postkarte, die auf dem Transportweg jeder einfach lesen kann. Sie sind extrem ineffizient und führen zu unglaublich viel verschwendeter (Lebens-) Zeit (bei einem mittleren Betrieb kostet ein E-Mail «an alle» schnell mehrere Tausend Franken in Arbeitszeit). Schriftliche Kommunikation führt generell, bei E-Mails insbesondere, häufig zu Missverständnissen, was zu unnötigen Konflikten und viel Frust führen kann. Und wenn wir schon beim Frust sind: ich bin fest davon überzeugt, dass E-Mails entscheidend zu Burnouts und Depressionen beitragen. Ich glaube, die Liste von Gründen, die gegen die Verwendung von E-Mails sprechen, ist beinahe so endlos wie die Tatzelwurm-Mails, die du beschrieben hast. Eigentlich gibt es nur einen einzigen Grund, ein E-Mail zu schreiben: wenn, wie bei der workfrage, die einzige Alternative ein physischer Brief ist :-).

MICHEL HOSMANN, PER MAIL

WORKPOST



WORK 8 / 7.5.2021: SO WAR DER 1. MAI: KREATIV UND KÄMPFERISCH

Büezer wollen marschieren

Von den Cüpli-Sozialisten bis zu den Linksextremen: sie alle konnten marschieren am Tag der Arbeit. Nur wir Büezer und Facharbeiterinnen wurden – einmal mehr – abgeriegelt. Dabei möchten wir dafür einstehen – nach über drei Jahrzehnten des Neoliberalismus –, dass wir wieder partizipieren können in Politik und Gesellschaft. Und mit Leiharbeiterschaft gibt es keine Inklusion, sondern eine «neue» Sklaverei.

BEAT HUBSCHMID, VIA WWW.WORKZEITUNG.CH

WORK 8 / 7.5.2021: SPEKTAKULÄRE WENDE BEI DEN MINDESTLÖHNE

Sonderklasse

Die Ausgabe vom 7. Mai ist ein work der Sonderklasse – mit den Beiträ-

gen zu Joe Biden, zu den Mindestlöhnen in Europa und in der Schweiz oder zu Covid-19 in sozialer und industriepolitischer Perspektive. Einfach ausgezeichnet gemacht, die entscheidenden Fragen gestellt, informativ und lehrreich. Gratulation!

ODILO NOTI, ZÜRICH

WORK 8 / 7.5.2021: ARMIN ZEDER, DER ETWAS ANDERE CHEF

Der infantile Visionär

Ich möchte hoffen, dass sowohl Herrn Zeder und work bewusst ist, wie der infantile «Visionär» Elon Musk über Gewerkschaften denkt und welche Arbeitsbedingungen anscheinend bei Tesla herrschen. Und ob die Beschaffung eines Tesla-Vehikels der Weisheit letzter Schluss ist, kann auch noch nicht als gesichert gelten. Aber das wiederum ist eine andere Geschichte.

HEINZ ABLER, WINTERTHUR

WORK 8 / 7.5.2021: MONSIEUR PROFITEUR

Nur die Spitze des Eisberges

Das ist doch nur die Spitze des Eisberges. Es braucht mehr Kontrollen von Unvorenkommenen.

MATHIAS THOENY, VIA WWW.WORKZEITUNG.CH

Lasche Strafen für Chefs

Es bedeutet enorm viel Aufwand, die unredlichen Machenschaften eines Arbeitgebers wie Roger Veya aufzudecken. Würden die Behörden aber nur halb so viel tun, wie sie bei einem Verdacht gegen die Arbeitnehmenden agieren, wäre so ein Fall rasch erledigt. Das Schlimmste aber sind die laschen Strafen, die jeden Arbeitgeber zu einem Betrug verlocken!

CHRISTOPH HIRSCH, VIA WWW.WORKZEITUNG.CH

WORK 8 / 7.5.2021: «JETZT MUSS SICH IM KLIMASCHUTZ ENDLICH ETWAS TUN!

Klimawandel ist überall

Überall macht sich die Klimaerwärmung bemerkbar, in allen Teilen der Welt und in allen Gesellschaftsschichten zu Hause. Deshalb: Ja zum präzisen und durchdachten CO₂-Gesetz! Und Ja zur Trinkwasserinitiative, der Stimme der Vernunft.

HEINER J. KLAUS, VIA FACEBOOK

WORK 8 / 7.5.2021: OHNE POLEN WÄREN WIR LÄNGST VERLOREN

Das ist der Preis für Billig

Genau dieses Beispiel zeigt, wer den Preis für Billig bezahlt. In diesem Bereich braucht es eine drastische Reduktion der Arbeitszeit, einen Mindestlohn von über 4000 Franken und (leider erst später) einen GAV.

BEAT HALDIMANN, VIA FACEBOOK

Einfach gschämig!

Das ist so was von beschämend!

HEIDEMARIE WINTELER, VIA FACEBOOK

WORK 8 / 7.5.2021: MIGROS: EINFACH KEIN GUTES LEBEN

Weit entfernt von Kunden

Migros zerstört sich gerade selber! Kaufe nichts mehr in dem Laden! Die neue Führung ist beschämend und weit, aber so was von weit entfernt von den Kundinnen und Kunden.

GABY FABIO RIPA, VIA FACEBOOK

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

workquiz



Wie gut sind Sie?

1. Napoleon I: Wem verdanken wir die moderne Schweiz?

- a) Christoph Blocher?
- b) der Stauffacher?
- c) Wilhelm Tell?
- d) Napoleon Bonaparte?

2. Napoleon II: Wie nennt der Volksmund Napoleon Bonaparte?

- a) Läppli?
- b) Chäppi?
- c) Tschäppi?
- d) Näpi?

3. Napoleon III: Wie wollte Napoleon Bonaparte nach Indien reisen?

- a) mit dem Teppich?
- b) mit dem Privatjet?
- c) mit dem Elefanten?
- d) per Autostop?



4. Napoleon IV: Worauf geht die schweizerische Neutralität zurück?

- a) Rütlichschur?
- b) Berner Kongress?
- c) Wiener Kongress?
- d) Albigütli-Tagung?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 34:7:3:2:1

SARAH BRÖNNIMANN REISEN, KOCHEN, LESEN

Sarah Brönnimann ist in Schliern bei Köniz und Oberbottigen bei Bern mit einer drei Jahre jüngeren Schwester aufgewachsen. Heute lebt sie mit ihrem Freund in Bern. Ihr Vater hat als «Pösteler» gearbeitet und ist heute bei Postfinance in der Informatik tätig, ihre Mutter arbeitete im Detailhandel. «Sie hätte sehr gerne in der Pflege gearbeitet, aber ihre Eltern haben sie nicht unterstützt», sagt Sarah Brönnimann. Sie selbst hatte immer den vollen Support ihrer Familie.

«EIS GA ZIE!» Zurzeit vermisst sie nebst dem Reisen vor allem, mit Freundinnen im Berner Kulturzentrum Progr «eis ga zie». Immerhin kann sie zu Hause dem Backen und Kochen frönen. Auch liest sie gerne. Zurzeit liegt auf ihrem Nachttisch «Die Analphabetin, die rechnen konnte» von Jonas Jonasson.

LOHN. Sarah Brönnimann arbeitet 90 Prozent und verdient auf eine Vollzeitstelle gerechnet 5100 Franken brutto im Monat, davon sind 100 Franken eine Funktionszulage als Ausbilderin für Lernende. «Ich bin zufrieden mit meinem Lohn», sagt sie. «Aber generell müssten die Löhne angepasst werden.» Der empfohlene Mindestlohn für MPA beträgt in der Schweiz durchschnittlich rund 4100 Franken im Monat, ist aber kantonal unterschiedlich. Bis vor rund drei Jahren waren es im Kanton Bern 3850 Franken.



VIELFÄLTIGE AUFGABEN: Spritze setzen, Blut entnehmen – und ab ins Labor.

Sarah Brönnimann (25) ist die Frau, die auch piekst

«Am Empfang hübsch lächeln reicht nicht»

Ohne sie läuft in den Arztpraxen landauf, landab nichts: medizinische Praxisassistentinnen. Sarah Brönnimann ist eine von ihnen. Sie liebt die Vielseitigkeit an ihrem Job, wünscht sich aber mehr gesellschaftliche Anerkennung.

ASTRID TOMCZACK | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

«Mein Geduldsfaden ist ellenlang», sagt Sarah Brönnimann. Diese Geduld kann die medizinische Praxisassistentin (MPA) in ihrem Job gut gebrauchen – etwa dann, wenn sie es mit Patientinnen und Patienten zu tun hat, die schon genau wissen, was ihnen fehlt, bevor sie überhaupt die Praxis betreten haben. Oder mit jener «Stammkundin», die immer mindestens eine halbe Stunde zu spät zum Termin kommt und den Lernenden das Verbandsmaterial aus der Hand reisst, weil sie nicht warten mag. Doch solche Fälle sind zum Glück selten, «sehr selten», wie die 25jährige betont. «Ich bin sehr happy in meinem Beruf.» Natürlich gebe es auch besonders schwierige,

emotionale Momente, den Tod eines langjährigen Patienten oder die zunehmende Gebrechlichkeit von Menschen, die sie seit Jahren kennt. «Man hat ja irgendwie auch eine Bindung», sagt sie.

KLISCHEES. Seit fünf Jahren arbeitet Sarah Brönnimann in einer grossen Gemeinschaftspraxis am Bubenbergrplatz in Bern. Der Kontakt mit den Menschen, die vielfältigen Einblicke in verschiedene medizinische Bereiche, dazu administrative Tätigkeiten und die Arbeit im Labor gefallen ihr sehr: «Es ist enorm abwechslungsreich», sagt die junge Frau. Und doch geistern immer noch Klischeevorstellungen über die «Arztgehilfin» herum: «Viele denken, die medizinische Praxisassistentin ist das Fräulein, das am Empfang hübsch lächelt und das Telefon abnimmt», sagt Brönnimann. Sie habe auch schon gehört, dass auch Leute mit ganz anderen Berufen ihren Job machen könnten. Sie erzählt es leichthin, als könnten ihr solche Sprüche nichts anhaben. Und doch: Brönnimann wünscht

sich, dass ihr Berufsstand und das Gesundheitswesen generell mehr gesellschaftliche Anerkennung erhalten und entsprechend entlohnt werden. Immerhin hat bei vielen Vorgesetzten ein Umdenken stattgefunden – die MPA ist nicht mehr einfach die Handlangerin der Götter in Weiss. Brönnimann sagt: «Ohne uns geht es nicht. Die Ärztinnen und Ärzte bringen uns grosse Wertschätzung entgegen.»

Schon als Mädchen wusste Sarah, dass sie beruflich «irgendwas mit Gesundheit» machen wollte. Der Doktorokoffer war eines ihrer liebsten Spielzeuge. Lange wollte sie Fachfrau Gesundheit (FaGe) werden, hatte bereits die Zusage für eine Lehrstelle. Doch dann konnte sie bei einem Hals-Nasen-Ohren-Spezialisten als MPA schnuppern, liess die FaGe-Lehrstelle sausen und absolvierte ein 10. Schuljahr. Für die MPA-Lehre ist das ein Vorteil: «Viele Praxen wünschen sich Lernende, die schon etwas reifer sind», sagt sie. 2012 trat Brönnimann ihre Lehre in Moosseedorf an, nur ein paar Kilometer vor den Toren der Bundesstadt. Und doch: eine

andere Welt. «Eine typische Landpraxis», sagt Brönnimann. «Die Leute auf dem Land sind weniger anspruchsvoll, gehen auch nicht gleich zum Arzt.» Das städtische Publikum hingegen sei fordernder, auch weniger geduldig – und viel heterogener. «Mir gefällt es sehr, dass wir es hier mit verschiedenen Kulturen zu tun haben.» Sie sei schon immer an anderen Ländern interessiert gewesen. Über den Jahreswechsel 2018/19 reiste sie drei Monate alleine durch Asien. «Ich war schon vorher sehr selbständig, aber dort bin ich es noch mehr geworden.» Zudem habe sie noch mehr schätzen gelernt als vorher, wie gut es ihr in der Schweiz gehe.

12 ABSTRICHE PRO STUNDE. Das Reisen fehlt ihr denn auch gerade sehr. Und trotzdem käme sie nicht auf die Idee, jetzt irgendwohin zu fliegen. «Ich finde, es ist jetzt einfach nicht angebracht, mitten in der Pandemie», sagt sie. Bei ihrer Arbeit trifft sie auch auf Menschen, die das lockerer sehen – und sich etwa für Reisen «frei testen» lassen: Eigens für die PCR-Tests hat die Praxis Räumlichkeiten des Kinos Gotthard angemietet, wo die Praxisassistentinnen und Ärztinnen täglich während anderthalb Stunden Abstriche machen – rund zwölf pro Stunde. Doch nicht nur bei den Tests haben MPA mit Covid-19 zu tun, sie können Patientinnen und Patienten auch die Impfung verabreichen.

Sarah Brönnimann hat in diesem Jahr noch andere Pläne: Sie steht kurz vor dem Abschluss ihrer Weiterbildung zur medizinischen Praxiskoordinatorin (MPK). Im November wird sie die eidgenössische Prüfung ablegen. Die klinischen Module hat sie bereits abgeschlossen – dazu gehören etwa Diabetesberatungen und Atemwegserkrankungen. Langeweile kommt also bei Sarah Brönnimann nicht auf – zumal sie auch noch eine Lernende betreut. Dass letztere auch eine junge Frau ist, ist kein Zufall: Die meisten MPA sind Frauen. «Wir hatten kürzlich einen Jungen zum Schnuppern», sagt sie, «aber das kommt vielleicht alle zwei Jahre vor.» Das liegt auch daran, dass der Lohn niedrig ist und die direkten Weiterbildungsmöglichkeiten beschränkt sind. Deshalb hat Sarah Brönnimann noch die Berufsmatura absolviert, um sich den Fachhochschulzugang zu sichern. Aber eigentlich möchte sie noch in zehn Jahren als MPA arbeiten: «Wenn's mir ums Geld ginge, hätte ich nicht diesen Weg gewählt. Aber es ist ein mega schöner Beruf.»

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch; Johannes Supe, johannessupe@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Martin Jakob, Hans Ulrich Jost, Andreas Rieger, Clemens Studer, Astrid Tomszak, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 74 963 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.